

»REICHSBÜRGER« und Souveränisten

Basiswissen und Handlungsstrategien

AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG

**Friedensvertrag
für
Deutschland**

Grundgesetz

Art. 79 Abs. 1

Art. 120 Abs. 1

Art. 125 Abs. 1

Besatzungsrecht

Bundesgesetzblatt


1990 Teil II

Seite 1386-1389

Seite 1390-1393

**»REICHSBÜRGER«
und Souveränisten**
Basiswissen und Handlungsstrategien

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
Telefon + 49 (0)30. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Autorin: Melanie Hermann
Redaktion: Jan Rathje, Britta Kollberg, Robert Lüdecke
Bildnachweise: sofern nicht anders angegeben, Screenshots. Titelbild: Katia Vásquez Pacheco
Gestaltung:  Design
Druck: Druckzone, Cottbus
Gedruckt auf EnviroTop Recycling 100 % Altpapier



ISBN 978-3-940878-22-9
2., vollständig überarbeitete Auflage
© Amadeu Antonio Stiftung, 2018

Ermöglicht wurde diese Publikation durch das Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, das in ländlichen und strukturschwachen Gegenden eine selbstbewusste, lebendige und demokratische Gemeinwesenkultur fördert. Wir danken insbesondere der Regiestelle des Programms bei der Bundeszentrale für politische Bildung für die Unterstützung und Zusammenarbeit in diesem Projekt.

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundesregierung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Inhalt

Grußwort	4
Vorwort	5
Sie sind immer noch da ... und sie werden mehr	6
Wer und was sind Reichsbürger?	7
Die Reichsideologie auf einen Blick	7
Wer glaubt was?	8
Die ideologische Klammer	9
Reichsideologie – Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik	10
Die Sozialistische Reichspartei (SRP)	10
Von der Deutschen Reichspartei zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands	11
Manfred Roeder	12
Die Kommissarische Reichsregierung (2tes Deutsches Reich) und Wolfgang Ebel	12
Wie handeln Reichsideolog*innen?	14
Vernetzung, Austausch, Medien	14
Beispiel: Bewusst.TV und Jo Conrad	14
Beispiel: Staatenlos.Info und Rüdiger Hoffmann (Klasen)	15
Vielschreiber*innen und andere Querulant*innen	17
Informationsguerilla	18
Seminare, Workshops und reichsideologischer Merchandise	19
Beispiel: Der »Bundesstaat Bayern«	20
Seminare und Workshops	21
Beispiel: Peter Frühwald	22
In Konflikt mit dem Gesetz	22
Beispiel: Peter Fitzek und das »Königreich Deutschland«	23
Beispiel: Die »Malta Masche«	24
Waffenbesitz, Gewaltbereitschaft und Militanz	25
Beispiel: Der Staat »Ur«	25
Beispiel: »Regierungsbezirk Wolfgang«	26
Beispiel: »Burgos von Buchonia«	26
Psychologische und sozialpsychologische Aspekte von Reichsideologien. Jan Gerrit Keil	28
Grafik: Verbreitung von »Reichsbürgern«	31
Behauptet wird – wahr ist: Reichsideologie im Fakten-Check	32
Verbindungen mit anderen Milieus	35
Beispiel: Fürstentum Germania	36
»Ein Stonehenge aus Schrankwänden«. Henrike Naumanns Kunstinstallation »Das Reich«	38
Erfahrungen und Handlungsoptionen	41
Kommunen und Verwaltung	41
Zivilgesellschaft	42
Flowchart Handlungsoptionen	45
Fallbeispiel: Familie	45
Fallbeispiel: Nachbarschaft	46
Fallbeispiel: Verein	48
Weiterführende Links und Literatur	50

Grußwort

Sie bestreiten die Existenz der Bundesrepublik und zeichnen sich durch ein beträchtliches Gewaltpotential aus: die »Reichsbürger« sowie sogenannte Selbstverwalter und Souveränisten beschäftigen zunehmend Polizei und kommunale Verwaltungen.

Aber nicht nur staatliche Stellen sind den Angriffen und Gefahren dieser Gruppen ausgesetzt, auch zivilgesellschaftliche Akteure müssen sich besser vorbereiten, um gegen Unterwanderungsversuche und Vereinnahmung für politische Zwecke gewappnet zu sein.

Das Bundesprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat hat zum Ziel, ehrenamtliches Engagement in der Zivilgesellschaft, insbesondere in Vereinen und Verbänden, zu stärken. Eine lebendige Zivilgesellschaft, die die demokratischen Teilhabemöglichkeiten von Menschen vor Ort stärkt, ist eine gute Waffe gegen den Vertrauensverlust in die Wirksamkeit demokratischer Prozesse. Das gilt auch und insbesondere für ländliche Räume, in denen »Zusammenhalt durch Teilhabe« Projekte zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure fördert.



Mit der vorliegenden Neuauflage dieser Broschüre haben ehrenamtlich Engagierte und weitere politische und gesellschaftliche Verantwortungsträgerinnen und -träger die Möglichkeit, sich über die verstärkten Tätigkeiten der sogenannten Reichsbürger zu informieren. Darüber hinaus bietet die detailreiche Darstellung des Vorgehens sogenannter Reichsbürger hilfreiche Tipps für die Praxis, um beispielsweise Reichsbürger vor Ort identifizieren und Handlungsstrategien für haupt- und ehrenamtlich Tätige anzubieten. Hintergrundinformationen und Fallbeispiele bieten Orientierung für die eigene Arbeit.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Lan Böhm

Leiterin der Regiestelle des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe«

Liebe Leserinnen und Leser,

der 32-jährige bayerische Polizist Daniel E. starb, zwei seiner Kollegen wurden schwer verletzt, nachdem sie einem Reichsbürger seine Waffen entziehen sollten. Dennoch wurde bis zu dem fatalen Schusswechsel Reichsideologie überwiegend als Spinnertum belächelt. Seitdem nehmen Politik und Verwaltung das Milieu endlich verstärkt in den Blick, die Sicherheitsbehörden in fast allen Bundesländern haben die Zahlen erfasster Reichsbürger*innen zum Teil drastisch nach oben korrigiert. Bereits seit längerer Zeit wurden Reichsideolog*innen gegenüber Vertreter*innen staatlicher Behörden handgreiflich. In einer Art ideologischem Rausch, der teils wahnhafte Züge annehmen kann, schrecken sie auch vor massiver körperlicher Gewalt nicht zurück.



Dennoch darf sich die Auseinandersetzung nicht nur auf die eindeutig gewaltbereiten und rechtsextremen Reichsideolog*innen, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen beschränken. Ein genauerer Blick muss auch den Verschwörungserzählungen gelten, die oftmals den Einstieg in die Reichsideologie ebnen. Diese Handreichung beleuchtet daher auch die Überschneidungen dieser unterschiedlichen Gruppen zu anderen antidemokratischen Einstellungen. Denn hinter den meisten dieser Welterklärungen steckt ein antisemitischer Kern. Wie weit verbreitet die Reichsideologie und die ihr nahestehenden Verschwörungserzählungen sind, war in den letzten Jahren immer wieder zu verfolgen: Bekannte Popsänger, Krimiautoren und politische Akteure haben es mit einschlägigen Titeln und Fragmenten dieser Ideologie in den Mainstream geschafft.

Wer bislang den Eindruck hatte, derartige Einstellungen seien vor allem am gesellschaftlichen Rand zu finden, irrt. Mittlerweile ist die Reichsideologie milieuübergreifend und deutschlandweit verbreitet: sei es die junge Polizistin und Mutter, die sich in einer Kindertageseinrichtung nach Jahren als Reichsideologin outet, der Vorsitzende eines lokalen Tauschrings, der Reichsmark oder Dienstleistungen als Zahlungsmittel akzeptiert, oder der Besitzer eines Fuhrunternehmens, der sich weigert, Maut-Gebühren an die »BRD GmbH« zu zahlen. Beispiele davon gibt es viele aus unserer Beratungspraxis und der unserer Partnerprojekte, denen unser besonderer Dank gilt. Die vorliegende Handreichung zieht daraus Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die praktische Auseinandersetzung von Einzelpersonen, Organisationen und Verbänden. An dieser Stelle danken wir ebenfalls der Regiestelle des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe« bei der Bundeszentrale für politische Bildung für die Unterstützung, hilfreichen Hinweise und Kooperation.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und stehen für Unterstützung und Austausch zur Verfügung.

Timo Reinfrank
Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung

Sie sind immer noch da und sie werden mehr

Mittlerweile zählen die Landesämter für Verfassungsschutz über 18.000 Personen aus dem reichsideologischen Milieu bundesweit.¹ Ende 2016 waren es laut Verfassungsschutzbericht 2016 noch 10.000, während der Bericht von 2015 »Reichsbürger« gar nicht erwähnt.² Zwar wächst die Zahl der »Reichsbürger«, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen tatsächlich, es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sie sich plötzlich auf fast das Doppelte gesteigert hat. Vielmehr macht die extreme Spanne zwischen beiden Zahlen deutlich, wie stark das Milieu von Staat und Öffentlichkeit lange Zeit unterschätzt wurde.

Dies änderte sich, als zwei seiner Akteure, die zu den sogenannten Selbstverwalter*innen gehören, ihren Worten auch Taten folgen ließen.

Im Oktober 2016 schoss Wolfgang Plan durch die geschlossene Haustür auf das Sondereinsatzkommando der Polizei, das sich Zugang zu seiner Wohnung verschaffen wollte. Dabei verwundete er den Polizisten Daniel E. so schwer, dass dieser im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Schon zwei Monate zuvor hatte Adrian Ursache versucht, unter Einsatz von Waffengewalt sein Grundstück zu »verteidigen«. Den Schusswechsel überlebten glücklicherweise alle Beteiligten.

Spätestens seit diesen tragischen Ereignissen ist die Gefahr, die vom reichsideologischen Milieu ausgeht, zu einem öffentlich breit diskutierten Thema geworden. Seit Ende 2016 wurde zahlreichen Reichsideolog*innen die Waffenbesitzerlaubnis inklusive ihrer Waffen entzogen. Staats- und verfassungsschützende Organe haben ihre Beobachtungen intensiviert.

Dennoch bleibt es notwendig darauf hinzuweisen, dass »Reichsbürger«, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen nicht erst dann als gefährlich einzustufen sind, wenn sie zur Waffe greifen oder anderweitig militant werden. Vielmehr ist bereits die Art und Weise, wie sie sich die Welt erklären, als verschwörungsideologisch, antisemitisch und menschenfeindlich zu problematisieren.

Um diese Kritik zu untermauern, macht es zunächst Sinn nachzuvollziehen, was Reichsideolog*innen eigentlich behaupten und wo sie herkommen. Die vorliegende Broschüre begibt sich daher auf die Spur der reichsideologischen Verschwörungserzählung – von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Anhand von Beispielen klärt sie darüber auf, wie Reichsideolog*innen miteinander und mit anderen Milieus verbunden sind, was sie tun und was die Zivilgesellschaft gegen sie tun kann.

Die Bezeichnungen reichsideologisches Milieu oder Reichsideolog*innen sollen dabei die vielen unterschiedlichen Gruppen, Strömungen und Submilieus begrifflich zusammenfassen, die häufig einfach pauschal »Reichsbürger« genannt werden. Warum letztere Pauschalisierung falsch ist, soll im Folgenden erklärt werden.

Ermöglicht wurde diese Publikation durch das Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, das in ländlichen und strukturschwachen Gegenden eine selbstbewusste, lebendige und demokratische Gemeinwesenkultur fördert. Die Amadeu Antonio Stiftung engagiert sich seit Beginn in diesem Programm und setzt sich mit dem Projekt »Region in Aktion« und anderen lokalen Initiativen für eine demokratische Kultur in ländlichen Regionen ein.

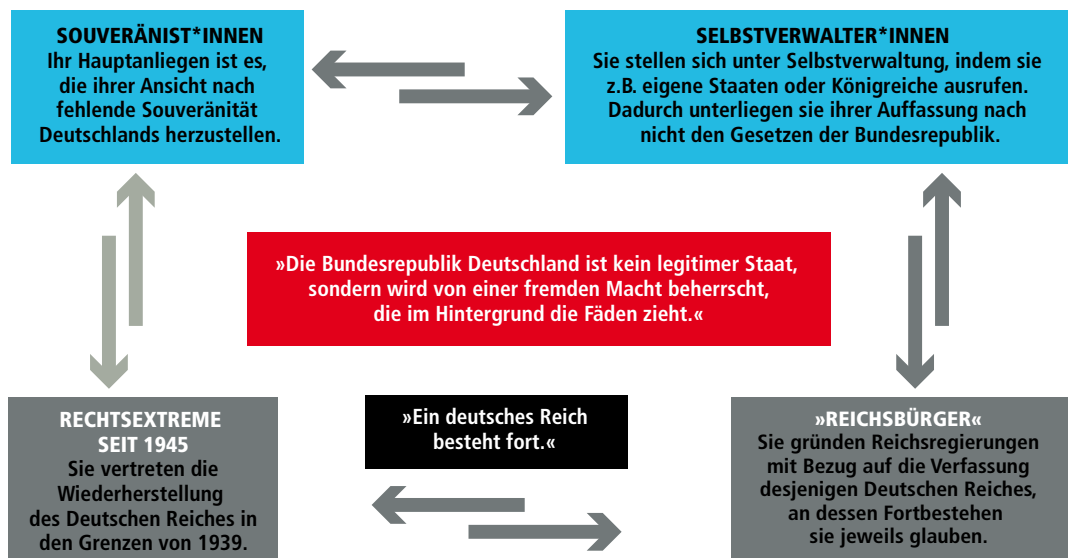
1 Quelle: BMI, www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-reichsbuerger/topthema-reichsbuerger.html, Stand: 31.03.2018

2 www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2016.pdf; www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2015.pdf

Wer und was sind »Reichsbürger«?

Die Reichsideologie auf einen Blick

- Reichsideolog*innen behaupten, dass die Bundesrepublik Deutschland kein legitimer bzw. souveräner Staat sei. Aus diesem Grund lehnen sie die Bundesrepublik, ihre Institutionen und deren Repräsentant*innen ab.
- »Reichsbürger« behaupten, dass ein »Deutsches Reich« fortbestehe.
- Laut deutschlandweiter Erhebungen des BKA und des BfV sind 950 Personen aus dem reichsideologischen Milieu auch der rechtsextremen Szene zuzurechnen. Die Reichsideologie greift jedoch grundsätzlich antisemitische Welterklärungsmodelle auf und bedient sich rechtsextremer Ideologiefragmente.
- Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland wird von Reichsideolog*innen durch Verschwörungen erklärt – etwa, dass im Geheimen noch immer die Alliierten Deutschland besetzt halten würden oder dass der Staat keiner sei, sondern eine GmbH (siehe Fakten-Check »BRD GmbH«, S. 33). Dabei nutzen sie oft antisemitische Codes, um die Verschwörer*innen zu beschreiben – oder sie bedienen sich direkt des Antisemitismus, indem sie »die Juden« als Verantwortliche benennen.
- Die Wiederherstellung eines Deutschen Reiches schließt die Aneignung fremder Staatsgebiete mit ein. Hierbei handelt es sich um das rechtsextreme Ideologieelement des Gebietsrevisionismus (siehe »Handlungsoptionen Zivilgesellschaft«, S. 42) Das bedeutet, dass die deutschen Grenzen so ausgedehnt werden sollen, dass dadurch (insbesondere osteuropäische) Nachbarländer betroffen wären. Es handelt sich dabei um Grenzen, die als Resultat aus dem Vernichtungskrieg Deutschlands und dem industriellen Massenmord während des Nationalsozialismus gezogen wurden.
- Reichsideologie ist ein gesamtdeutsches Phänomen mit bisher ca. 18.000 durch den Verfassungsschutz gezählten Personen im Bundesgebiet.³ Die Dunkelziffer liegt vermutlich weit darüber.



3 Quelle: BMI, www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-reichsbuerger/topthema-reichsbuerger.html, Stand: 31.03.2018

Wer glaubt was?

Immer wieder ist von *den* »Reichsbürgern« die Rede. Dabei gibt es *die* »Reichsbürger« eigentlich gar nicht. Mit welchen Personengruppen, Strömungen und Ideen haben wir es also zu tun, wenn wir so salopp über »Reichsbürger« reden?

Das große, sehr unterschiedliche Milieu der Reichsideologie lässt sich in vier Submilieus unterteilen. Die Grenzen zwischen diesen sind allerdings fließend. Alle vier Strömungen sind sich darüber einig, dass Deutschland nicht souverän sei, sondern von einer fremden Macht beherrscht werde, die im Hintergrund die Fäden ziehe.⁴

Rechtsextreme seit 1945

Für die rechtsextreme Szene in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg war die Wiederherstellung des »Dritten Reiches« bis in die 1980er Jahre ein zentrales Ziel. Gruppierungen und Einzelpersonen wie das *Deutsche Kolleg* um Reinhold Oberlercher, Uwe Meenen (NPD) und den inzwischen in anderen Gruppierungen aktiven Horst Mahler zielen weiterhin auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches ab. Eine Ausnahme bildet Manfred Roeder, der an ein Fortbestehen des »Dritten Reiches« glaubte und sich selbst als Verwalter desselben verstand.

»Reichsbürger«

»Reichsbürger« glauben an das Fortbestehen eines »Deutschen Reiches« – in je nach Auffassung unterschiedlichen Grenzen und mit verschiedenen Verfassungen. Die Bundesrepublik Deutschland halten sie für ein illegitimes Konstrukt. Deutschland befinde sich hingegen, so glauben sie, noch immer im Kriegszustand mit den Alliierten – je nach Anschauung seit dem (von Deutschland verursachten) Ersten oder Zweiten Weltkrieg. Daher rufen sie eigene Reiche auf Basis derjenigen Verfassung aus, die sie jeweils für legitim halten – sei sie aus der Zeit des Nationalsozialismus, der früheren Weimarer Republik oder des Kaiserreichs.

Selbstverwalter*innen

Selbstverwalter*innen glauben, dass die Bundesrepublik Deutschland kein legitimer Staat sei, und betrachten sich daher als berechtigt, sich unter Selbstverwaltung zu stellen. Sie rufen teilweise eigene Staaten aus, stiften Königreiche, Fürstentümer oder ähnliches und erklären sich selbst zu deren Souveränen. Dementsprechend sehen sie sich als legitimiert, eigene Institutionen aufzubauen und zu verwalten, über eine eigene Rechtsprechung zu verfügen und sich im Angriffsfall auch mit Waffengewalt zu verteidigen.

Souveränist*innen

Souveränist*innen gehen ebenfalls davon aus, dass es sich bei der Bundesrepublik nicht um einen legitimen bzw. nicht um einen souveränen, »freien« Staat handele. Sie gehen öffentlich weder vom Fortbestehen eines Deutschen Reiches aus noch streben sie die Gründung eigener Staaten oder Reiche an. Vielmehr wollen sie die ihrer Ansicht nach fehlende deutsche Souveränität auf politischem Wege bzw. durch öffentliche Kritik wiederherstellen.

4 Die Unterteilung des Milieus sowie seine historische und ideologische Einordnung basieren auf Jan Rathje (2017): »Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. Vom Wahn des bedrohten Deutschen«.

Die ideologische Klammer

Das Milieu der Reichsideologie ist groß, unübersichtlich und verändert sich ständig. Dennoch lässt sich eine ideologische Klammer erkennen, die all die vielen verschiedenen Personen, Gruppen, Strömungen etc. miteinander verbindet und die die meisten Menschen aus diesem Milieu teilen.

Alle Strömungen gehen davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland kein legitimer, souveräner Staat sei. Die derzeitige Regierung arbeite gegen das Wohl des »deutschen Volkes«. Denn sie arbeite im Auftrag der angeblichen Besatzungsmacht.

Die Frage, die sich nun stellt, ist, wer nach Auffassung der Reichsideolog*innen für diese Misere verantwortlich ist.

Ein überwiegend großer Teil des reichsideologischen Milieus geht davon aus, dass eine kleine, mächtige Elite die wichtigen Entscheidungen des Weltgeschehens treffe. Doch wer soll diese offenbar böswillige Elite sein, von der die Deutschen aus Sicht der Reichsideolog*innen bedroht werden?

Die Antworten auf diese Frage sind vielfältig, meinen jedoch in der Regel alle das gleiche. Ob nun vorausgesetzt wird: »Und um wen es hier geht, das wissen wir doch alle« oder von den »Bankern von der Ostküste«, »dem globalen Finanzkapital«, »den Zionisten« oder den »Rothschilds und Rockefellers« gesprochen wird – dabei handelt es sich um Codes und Chiffren, die verwendet werden, wenn eigentlich Jüdinnen und Juden gemeint sind, man diese jedoch nicht direkt benennen will. Denn öffentlich »den Juden« die Schuld zuzuschreiben, ist in Deutschland nach 1945 ein Tabu. Die Sprache der Antisemit*innen hat sich dieser Gegebenheit angepasst und greift auf besagte Codes zurück.

Selbst wenn diejenigen, die diese Ideologie vertreten, nicht an konkrete jüdische Menschen denken, verbreiten sie dennoch eine Erzählung, die im Kern an den Mythos einer »jüdischen Weltverschwörung« anknüpft. Dieser wurde schon während des Nationalsozialismus als Begründung für die Verfolgung und Ermordung von über sechs Millionen Jüdinnen und Juden angeführt – auf Basis der »Protokolle der Weisen von Zion«. Letzteres ist ein auf gefälschten Dokumenten basierendes antisemitisches Pamphlet, das belegen soll, dass es einen jüdischen Plan zur Erringung der Weltherrschaft gebe. Bereits 1920 wurde entlarvt, dass es sich bei den »Protokollen der Weisen von Zion« um eine Fälschung handelt.

Antisemitische Verschwörungserzählungen sind für die Menschen im reichsideologischen Milieu (wie auch für viele andere Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten) so ansprechend, weil sie die hochkomplexe Welt in einfache Gut-Böse- und Freund-Feind-Schemata unterteilen. Krieg, Flucht und Elend können dann in die Verantwortung einer Gruppe von (Volks-) Feind*innen gelegt werden. Diese können wiederum bekämpft werden. Bisweilen schwer zu verstehende, zu lösende oder zu akzeptierende gesellschaftliche Phänomene bekommen so Sinnhaftigkeit und wirken dadurch beherrschbar. So scheint es allerdings nur. Denn tatsächlich ist die Welt, in der wir leben ausgesprochen komplex und widersprüchlich.⁵ Diese globalen wie persönlichen Widersprüche auszuhalten ist grundsätzlich nicht einfach, einigen Menschen fällt dies jedoch schwerer als anderen (siehe dazu das Interview mit Jan Gerrit Keil, S. 28). Verschwörungstheorien bieten hier einen scheinbar einleuchtenden Ausweg.

5 Siehe dazu auch die Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung: No World Order. Wie antisemitische Verschwörungsideologien die Welt verklären, online unter: <https://bit.ly/noworldorder>.

Reichsideologie – Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik

Die Teilung Deutschlands war eine Folge des Zweiten Weltkriegs: Historisch, aber auch politisch entstand sie als Reaktion auf den nationalsozialistischen Anspruch, die ganze Welt zu beherrschen. Diesem Anspruch und dem Mord an Millionen von Menschen zum vermeintlichen Wohl der deutschen Volksgemeinschaft stellten sich damals nur wenige entgegen.⁶ Er war es, der zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte und erst mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 ein Ende fand – und mit ihm das Deutsche Reich.

In der Nachkriegszeit suchten alle politischen Lager die Teilung Deutschlands in zwei Staaten so bald wie möglich rückgängig zu machen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war zunächst als Übergangslösung konzipiert worden. Denn trotz der Gründung der Bundesrepublik (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gab es die Hoffnung, irgendwann wieder ein gemeinsamer deutscher Staat – innerhalb einer neuen europäischen und Weltordnung – zu sein.⁷

Rechtsextreme Parteien und Gruppen arbeiteten dagegen an einer Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Beinahe vier Jahrzehnte lang bezeichnete die Forderung nach der Wiederherstellung des Deutschen Reiches ein zentrales Anliegen der rechtsextremen Szene, wie der Politikwissenschaftler Richard Stöss feststellt. In den 1980er Jahren verlagerte sich der Fokus dann jedoch auf eine angebliche »Überfremdungskampagne«, und andere Gruppen und Strömungen nahmen das reichsideologische Thema auf.

»Reichsbürger« sind also nicht in den letzten Jahren plötzlich aufgetaucht, sondern ein Bestandteil deutscher Geschichte nach 1945. Für ein besseres Verständnis des gegenwärtigen Phänomens ist es daher hilfreich, einen Blick auf seine Entwicklung zu werfen.

Die Sozialistische Reichspartei (SRP)

Bei den ersten Wahlen der Bundesrepublik am 14. August 1949 trat auch die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei (SRP) an. Sie setzte sich überwiegend aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zusammen und trat ganz offen ihr nationalsozialistisches Erbe an. Ein wesentlicher Bestandteil ihrer politischen Ziele war die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Auf einem ihrer Wahlplakate aus dem Jahr 1949 formuliert die SRP das so, wie in der nebenstehenden Abbildung zu sehen.

In diesem Slogan zeigt sich deutlich die Verbindung zwischen klassischem Rechtsextremismus in nationalsozialistischer Tradition und Reichsideologie. Der Wunsch nach einer Wiederherstellung des Deutschen Reiches, in diesem Fall



Wahlplakat der SRP 1949/1952.
Bundesarchiv Plak 005-033-011

6 vgl. Thamer, Hans-Ulrich: Die nationalsozialistische Massenbewegung in der Staats- und Wirtschaftskrise, www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39536/ns-bewegung-aufbau?p=all [online] 28.11.2018; Adorno, Theodor W.: »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«. Gesammelte Schriften 10.2. Kulturkritik und Gesellschaft II: Eingriffe. Stichworte. Anhang (Suhrkamp: Frankfurt/Main, 1977), S. 555-572, <https://signale.cornell.edu/text/was-bedeutet-aufarbeitung-der-vergangenheit> [online] 28.11.2018

7 Nachzulesen auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 18-19/2009): Das Grundgesetz – eine Verfassung auf Abruf? Online unter: www.bpb.de/apuz/32023/das-grundgesetz-eine-verfassung-auf-abruf?p=all.

des »Dritten Reiches«, basiert auf verschiedenen Grundannahmen und Bedürfnissen. Für die SRP war der Nationalsozialismus kein dunkles Kapitel in der deutschen Geschichte, das aufgearbeitet oder überwunden werden muss. Sie teilte vielmehr die Auffassung der Nationalsozialist*innen, dass es einer »Lösung der Judenfrage« bedürfe, und kritisierte lediglich die Mittel, mit der diese während des NS herbeigeführt werden sollte. Das »deutsche Volk« ist in der Vorstellung der SRP sowie jeder anderen völkischen Partei oder politischen Strömung ein homogener Körper. Dieser Körper ist darauf angewiesen, über ein Heimat-Territorium zu verfügen. Dabei darf es sich jedoch nicht um ein beliebiges Stück Land handeln. Völkische Ideologie ist der Mythos davon, dass die Verbindung zwischen Blut und Boden eine Einheit schafft, die besonders stark und in sich geschlossen ist. Ein »Volk« kann dieser Ideologie nach nur dort zu Macht und Glück kommen, wo es sich über lange Wege »reiner« Abstammung und kultureller Tradition verwurzelt hat. Die SRP sah es daher als Notwendigkeit, diese völkische Verbundenheit für Deutschland wieder herzustellen. Aufgrund ihrer unverblühten nationalsozialistischen Ausrichtung wurde die Partei jedoch am 23. Oktober 1952 durch das Bundesverfassungsgericht verboten.

Von der Deutschen Reichspartei (DRP) zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)

Von 1950 bis 1960 zeichnete sich auch die Deutsche Reichspartei (DRP) durch ihren Wunsch aus, die Wiederherstellung des Deutschen Reiches zu erwirken. Anders als die SRP bezog sich die DRP auf die Tradition des Weimarer Konservatismus, was jedoch nicht bedeutete, dass sie weniger rechtsextrem ausgerichtet war. So gehörte zu den Zielen der DRP die Wiederherstellung des »Deutschen Reiches« in den Mindestgrenzen von 1937 als »völkisch-homogenes Reich«. Zudem wehrte sich die Deutsche Reichspartei vehement gegen eine Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit.



Wahlwerbung der NPD Hamburg, gepostet am 30.12.2017. Screenshot Facebook-Seite der NPD Hamburg, 23.01.2018



Wahlwerbung der NPD zur Bundestagswahl 2017, gepostet am 22.09.2017. Screenshot Facebook-Seite der NPD, 25.01.2018

Im November 1964 bildete sich aus Teilen der DRP, der Gesamtdeutschen Partei (GDP), der Deutschnationalen Volkspartei (DVP) und der Deutschen Partei (DP) Bremen die NPD. Nachdem diese in den folgenden Wahlen wesentlich erfolgreicher abschnitt als die DRP, löste sich diese 1965 schließlich auf.

Die NPD schloss also an die politische Agenda zur Wiederherstellung eines Deutschen Reiches der DRP an und ist bis in die Gegenwart damit beschäftigt, wie unter anderem aus folgender Äußerung des ehemaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt aus dem Jahr 2000 hervorgeht: »Das Reich ist unser Ziel, die NPD ist unser Weg«!⁸ Der entscheidende Unterschied zu den meisten zeitgenössischen »Reichsbürgern« ist lediglich, dass die NPD nicht behauptet, das Deutsche Reich bestehe fort und müsse nur ordentlich verwaltet werden. Doch auch letztere Idee stammt traditionell aus dem rechtsextremen Milieu. Ein prominentes Beispiel dafür ist Manfred Roeder.

Manfred Roeder

Manfred Roeder (6.2.1929 – 30.7.2014) war bekennender Rechtsextremer und Holocaustleugner. Ab Januar 1975 führte er einen Briefwechsel mit Karl Dönitz, einem Großadmiral der Wehrmacht und engen Vertrauten Adolf Hitlers. Vor seinem Suizid hatte Hitler schriftlich festgehalten, dass nach seinem und Josef Goebbels Tod Dönitz als Reichspräsident das »Deutsche Reich« verwalten solle. Dönitz kam diesem Wunsch nach, bis er am 23. Mai 1945 von den Alliierten verhaftet wurde.

Manfred Roeder schrieb Karl Dönitz, da er davon ausging, dass dieser immer noch der rechtmäßige Reichspräsident des »Deutschen Reiches« sein müsse. Dönitz verneinte das jedoch. Daraus schloss wiederum Roeder, dass das »Reich« führungslos sei, und berief am 23. Mai 1975 den »Reichstag zu Flensburg« ein. Dort ließ er sich von den geladenen Gästen zum »Sprecher der Reichsvertretung« wählen. Da das »Deutsche Reich« ohne Führung handlungsunfähig sei, übernahm Roeder in der Folge die Rolle des Reichsverwesers (Vertreter des Reichskanzlers für die Zeit seiner Abwesenheit).

Manfred Roeder wurde wiederholt wegen Volksverhetzung verurteilt und floh schließlich außer Landes, um einer drohenden Haftstrafe zu entgehen. Er war Zeit seines Lebens politisch aktiv, auch als Mitglied der rechtsextremen terroristischen Vereinigung »Deutsche Aktionsgruppen«, die mehrere Anschläge verübte. Bei einem dieser Anschläge auf eine Asylbewerber*innen-Unterkunft in Hamburg kamen zwei Menschen ums Leben. Roeder musste daraufhin ins Gefängnis. Nachdem er 1990 vorzeitig aus der Haft entlassen wurde, betätigte er sich weiter als Holocaustleugner und kandidierte bei der Bundestagswahl 1998 erfolglos für die NPD.

Manfred Roeder ist ein anschauliches Beispiel für das Zusammenspiel zwischen klassischem Rechtsextremismus und dem, was die aktuell unter dem Begriff »Reichsbürger« bezeichneten Menschen tun. Sie wünschen sich nicht einfach nur das Deutsche Reich zurück, sondern behaupten, es sei nie untergegangen.

Den größten Einfluss auf »Reichsregent*innen« übte jedoch Wolfgang Gerhard Günter Ebel mit seiner »Kommissarischen Reichsregierung, zweites Deutsches Reich« aus.

Die Kommissarische Reichsregierung (2tes Deutsches Reich) und Wolfgang Ebel

Wolfgang Gerhard Günter Ebel ist nicht nur Vorbild für viele folgende kommissarische (vorläufige, vertretungsweise) Reichsregierungen, sondern auch ein recht typisches Beispiel für einen Lebensweg, der ins Milieu führt. Denn der Auslöser für seine persönliche Verschwörungserzählung scheint ein Bruch in seiner Biografie zu sein, der sich 1980 ereignete.

Wolfgang Ebel arbeitete in dieser Zeit in Westberlin für die Deutsche Reichsbahn, ein DDR-Staatsunternehmen. Durch spezielle Abkommen der Alliierten, die vor der Gründung der Bundesrepublik und der DDR geschlossen wurden, entstand der besondere Umstand, dass die Deutsche Reichsbahn der DDR auch für den S-Bahn-Betrieb Westberlins zuständig war.

8 zitiert nach: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.) (2008): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schabach/Ts, S. 60.

Website der Kommissarischen Reichsregierung mit einem Bild von W. G. Ebel. Screenshot www.der-reichskanzler.de (inzwischen vom Netz) via web.archive.org



Im September 1980 beteiligte sich Wolfgang Ebel an einem Streik gegen Lohnsenkungen und Streckenstilllegungen und wurde daraufhin entlassen. Im Anschluss führte er mehrere Gerichtsverfahren, um sich finanziell und gesundheitlich abzusichern, blieb dabei jedoch erfolglos. In dieser Zeit siedelt er seine Geschichte an, die ihn dazu veranlasst habe, die »Kommissarische Reichsregierung« (KRR) zu gründen und sich selbst zahlreiche Ämter zuzusprechen. Wolfgang Ebel behauptete, dass im Zuge des Bahnstreiks Abgesandte der Alliierten ihn darüber in Kenntnis gesetzt hätten, dass das »Deutsche Reich« weiter fortbestehe. Es befände sich jedoch unter Besatzung durch die Alliierten, da es weder über eine politische Führung noch über einen Friedensvertrag verfüge.

Daraufhin übernahm Wolfgang Ebel am 8. Mai 1985, am 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, die »Aufgabe«, diese politische Führung kommissarisch anzutreten, um das »Deutsche Reich« wieder handlungsfähig zu machen.

Im selben Jahr soll ihm John C. Kornblum, ein späterer US-amerikanischer Botschafter, den Auftrag erteilt haben, als Reichsverkehrsminister »den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa vom Atlantik, einschließlich des Mittelmeerraumes, bis zum Ural«⁹ zu leiten. Anders als Roeder bezieht sich Ebel auf die Alliierten als Autorität, die ihn in seinen diversen Ämtern legitimieren soll. Er grenzt sich in seiner Erzählung dezidiert vom »Dritten Reich« und dem Nationalsozialismus ab. Das »2te Deutsche Reich«, für das er stehe, sei im Gegensatz zur Bundesrepublik tatsächlich entnazifiziert und werde durch ihn wieder handlungsfähig. Erst dadurch sei es möglich, die Besatzung durch die Alliierten aufzuheben und Deutschland erneut zu einem souveränen Staat zu machen.

Tatsächlich schaffte es Wolfgang Ebel, Menschen von seiner Idee zu überzeugen. Im Kreise seiner Anhänger*innenschaft erinnerte er beinahe an einen Sektenführer. Denn egal wie wahnhaft seine Erzählungen bisweilen wirkten, wurden sie von seinen Anhänger*innen doch für bare Münze genommen. Ein Bruch in seiner Gefolgschaft entstand dennoch: Einigen war seine Bezugnahme auf die Alliierten zu positiv und sie wünschten sich stattdessen eine radikalere Linie in Bezug auf die deutsche Souveränität.

Wolfgang Ebel strebte mit seiner KRR zahlreiche juristische Auseinandersetzungen an. Diese führten 1987 schließlich dazu, dass er nach Paragraph 20 des Strafgesetzbuches für schuldunfähig erklärt wurde. Seinen Anhänger*innen galt dieses Urteil als Beweis seiner politischen Immunität, denjenigen, die sich von ihm abgespalten hatten, dagegen als Beweis für seine Inkompetenz.

Am 27. Dezember 2014 starb Ebel im Alter von 75 Jahren. Mittlerweile gibt es ca. 40 in Bezug auf Mitgliederzahl und Betätigungsfeld sehr unterschiedliche »Reichsregierungen« in Deutschland.

9 zitiert nach Rathje (2017): S. 11.

Wie handeln Reichsideolog*innen?

Reichsideolog*innen vertreten nicht nur eine krude Ideologie, sondern entwickeln meist auch eine daran anschließende Praxis. Im Folgenden wird erklärt, welche Vernetzungsmöglichkeiten und Aktionsformen sich im reichsideologischen Milieu finden. Auf jede Erläuterung folgen Beispiele, die das zuvor allgemein Dargestellte veranschaulichen sollen.

Vernetzung, Austausch, Medien

»Reichsbürger«, Selbstverwalter*innen, Souveränist*innen und alle, die sich in ihrem Dunstkreis aufhalten, bilden ein diffuses Milieu. Zu unterschiedlich sind die einzelnen Gruppen und Akteure, als dass sie zu einer homogenen Bewegung zusammengefasst werden könnten. Hinzu kommt der enorme Drang vieler Personen aus dem Milieu, Ämter und Ränge selbst zu bekleiden. Dies erzeugt spätestens dann Konflikte, wenn die erfundene Regierung einmal besetzt ist. Häufig führen solche Konflikte zu Spaltungen – denn zwei Reichsregierungen bieten gleich doppelt so viele Möglichkeiten, zu Amt und Würden zu kommen. Eine »Regierung ohne Volk«, so beschreibt der Kriminalpsychologe Jan Gerrit Keil (siehe das Interview auf S. 28) diese Problemlage, mit der sich eigentlich alle »Reichsbürger«, die zur Gründung von Reichen übergehen, konfrontiert sehen.

Die sogenannten »Reichsbürger«-Stammtische sind da schon eine wesentlich stabilere Institution. In vielen Gegenden, in denen »Reichsbürger« ansässig sind, treffen sich Gleichgesinnte zum Austausch über reichsideologische Themen und andere Verschwörungserzählungen. Auch große, überregionale Treffen werden organisiert.

Die größte Vernetzungsplattform für das Milieu ist jedoch das Internet. Dort finden sich zahlreiche Websites, Facebook-Gruppen, Online-Sender, YouTube-Channels etc., die sich reichsideologischen Themen widmen. Über Neue Medien vernetzen sich nicht nur verschiedene Gruppen und Akteur*innen aus der Szene miteinander, sondern auch darüber hinaus. Insbesondere Facebook und YouTube machen sichtbar, wer wo mit wem gerade worüber debattiert.

Das Internet und seine sozialen Plattformen bieten Einzelpersonen die Möglichkeit, sich vor einem mitunter großen Publikum zu präsentieren und über verschiedenste Themen zu äußern. Egal wie speziell oder verrückt eine Idee erscheinen mag, die Wahrscheinlichkeit, im virtuellen Raum auf Gleichgesinnte zu stoßen, ist groß.

Um einen Eindruck zu erhalten, welche einschlägigen Seiten und Kanäle Personen aus dem reichsideologischen Milieu vorwiegend betreiben und nutzen, werden einige besonders populäre im Folgenden vorgestellt. Anhand dieser beispielhaften Auswahl lässt sich zudem nachvollziehen, welche thematischen Überschneidungen mit anderen Milieus und Narrativen dort präsentiert werden.

Beispiel: Bewusst.TV und Jo Conrad

Johannes »Jo« Conrad bildet eine Art Knotenpunkt zwischen verschiedenen Milieus und Szenen. In der Internet-Sendung Bewusst.TV, die er moderiert, greifen Esoterik, Verschwörungsideologien und reichsideologische Inhalte ineinander.

Es gibt innerhalb dieser Themenbereiche kaum etwas, das nicht bei Bewusst.TV besprochen worden wäre: vom Schamanismus über den Mythos vom großangelegten Kinderklau zugunsten pädophiler Mächtiger bis hin zu den »Hintergrundmächten«, die die Weltherrschaft an sich reißen wollen. Dabei geben sich Jo Conrad und seine Studiogäste betont sanftmütig und friedlich. Sie beschweren sich über die Bezeichnung als Personen, wollen lieber »natürliche Menschen« sein und in Frieden und Liebe miteinander leben. Wenn man sich fragt, was diesem friedlichen Leben



Bewusst.TV bespielt nicht nur einen eigenen Kanal, sondern ist auch auf Facebook präsent. Am 21.02.2014 teilte Jo Conrad dieses Motiv auf der Facebook-Seite von Bewusst.TV. Screenshot vom 25.01.2018

in Freiheit entgegensteht, ist die Antwort bei Bewusst.TV schnell gegeben – wobei es im Kontext der Sendung vor allem darum geht, *wer* die Schuld daran trägt, dass die Welt nicht so schön ist, wie man sie sich wünschen würde. Die Rede ist dann beispielsweise von besagten »Hintergrundmächten«.

Ein Beitrag vom 28. Mai 2017 auf Bewusst.TV wird wie folgt angekündigt: »Die aktuellen Geschehnisse als Auswirkungen eines Kampfes dunkler Kräfte um den Machterhalt bei steigenden [Fehler im Original] Bewußtsein der Menschen über die Hintergründe, versucht Jo Conrad zusammenhängend darzustellen. Die Pläne zur Neuen Weltordnung, inszenierte Terroranschläge und Kriegspropaganda, satanistische Netzwerke, kontrollierte Massenmedien, Pizzagate und Machtstrukturen durch Erpressung, sowie Kräfte, die Bevölkerungsreduktion und die Versklavung der Menschheit verhindern wollen und ein Erwachen der Menschheit und die Ausrichtung auf die menschlichen Qualitäten der Verbindung mit der Quelle bestimmen das derzeitige Geschehen auf der Weltbühne.«¹⁰

In diesem Video tauchen an unterschiedlichen Stellen antisemitische Codes und Chiffren wie »Zionisten«, »George Soros«, »der Mossad« u.a. auf, mithilfe derer Jo Conrad tragische Ereignisse des Weltgeschehens erklärt. Nicht immer nennt er die Dinge selbst beim Namen, teilweise behilft er sich auch durch die Einblendung von Zitaten – lässt also andere für sich sprechen.

Ziel der »dunklen Mächte«, auf die sich Conrad immer wieder bezieht, sei »die Zerstörung aller geordneten Strukturen«, um so eine »Neue Weltordnung« etablieren zu können. Diese »Neue Weltordnung« oder auch »New World Order« (NWO) ist ein verschwörungsideologischer Kampfbegriff. Gemeint ist damit die Wahnvorstellung, dass eine geheime Elite versuche, die Weltherrschaft an sich zu reißen und durch eine autoritäre Regierung ins Unglück zu stürzen. Insbesondere das deutsche »Volk« scheint aus Jo Conrads Sicht davon bedroht zu sein, da es als starker Gegner ausgeschaltet werden solle. Denn, so argumentiert er, »Länder, wo die Menschen homogen, aus einem Volk sind, die halten eher zusammen, als wenn Menschen aus aller Welt zusammen gewürfelt sind«.

Diese Argumentationslogik findet sich bei Jo Conrad immer wieder zu unterschiedlichen, das Weltgeschehen betreffenden Fragen. Sie basiert auf völkischen Vorstellungen von Gesellschaft und greift auf antisemitische Welterklärungsmodelle zurück.

Jo Conrad war an der Gründung des »Fürstentums Germania« beteiligt (siehe S. 36) und begleitete die Gründung des »Königreichs Deutschland« durch Peter Fitzek (siehe S. 23). Beide Projekte wirkten sowohl auf Außenstehende als auch auf einige neugierige Neuankömmlinge wie esoterische Kommunen, die ein alternatives Leben zur bundesdeutschen Gesellschaft erschaffen wollen. Ähnlich einer Sekte fielen die reichsideologischen Inhalte und die autoritäre Organisationsstruktur – sowie bei Peter Fitzek der finanzielle Betrug der Anhänger*innen – erst schrittweise auf.

Zu den Gästen, die Jo Conrad im Rahmen von Bewusst.TV interviewt, gehört unter anderem Holger Fröhner, Autor der »Jahrhundertlüge«, die zur Grundlagenliteratur des Milieus gehört.¹¹

Beispiel: Staatenlos.Info und Rüdiger Hoffmann (Klasen)

Rüdiger Hoffmann, geborener Klasen, war in den 1990ern Kreisvorsitzender der Hagenower NPD in Mecklenburg Vorpommern. In dieser Zeit war er maßgeblich beteiligt an der Planung eines Brandanschlags auf eine Asylbewerber*innenunterkunft in Bahlen und wurde aufgrund dessen zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt.

10 Bewusst.TV (2017): Zusammenhänge, [online] <http://bewusst.tv/zusammenhaenge/> [01.12.2017].

11 Fröhner, Holger (2009): Die Jahrhundertlüge.

Mittlerweile behauptet er von sich, für die Entnazifizierung Deutschlands zu kämpfen. Denn seiner Auffassung nach setze sich das »Dritte Reich« in einer angeblich faschistischen Politik der Bundesrepublik fort. Rüdiger Hoffmann geht davon aus, dass am 8. Mai 1945 keine Kapitulation des gesamten »Reiches«, sondern lediglich der Wehrmacht erfolgt sei. Nach 1945 seien außerdem keine Friedensverträge mit den alliierten Siegermächten geschlossen worden. Das ist falsch. Zwar gab es tatsächlich keinen expliziten Friedensvertrag aller Siegermächte, die Alliierten haben jedoch jeweils einzelne Friedensverträge mit Deutschland verabschiedet. Spätestens mit dem *Zwei-plus-Vier-Vertrag* anlässlich der sogenannten Wiedervereinigung wurde ein gesonderter Friedensvertrag ohnehin hinfällig (siehe auch im Fakten-Check, S. 34).

Rüdiger Hoffmann geht ferner davon aus, dass die Bundesrepublik lediglich eine »Treuhand-Verwaltungsorganisation« sei, in der die »Gleichschaltungsvorgaben aus dem Staatsgrundgesetz _Neues Staatsrecht_ für die Kolonie des 3. Reiches von Adolf Hitler« weiter in Anwendung bleiben würden (so nachzulesen auf Staatenlos.info, Rüdiger Hoffmanns Internetportal). Die Bundesrepublik ist jedoch ein souveräner Staat mit einer rechtmäßigen Verfassung, nämlich dem Grundgesetz. Da jeder Staat nur über *eine* geltende Verfassung verfügen kann, gilt in Deutschland auch nur diese (siehe Fakten-Check, S. 32).

An all diese »Informationen« sei Rüdiger Hoffmann gekommen, da er einen »juristisch spezialisierten Menschen kennen [lernte], welcher ihm vertrauliches, juristisches Material zur vollen Verfügung stellte«. Um welchen Menschen oder welche »internen Dokumente« es sich dabei genau handelt, erfahren die Besucher*innen von Staatenlos.info jedoch nicht. Zusätzlich zu Staatenlos.info betreibt Rüdiger Hoffmann verschiedene YouTube-Kanäle unter ähnlichen Namen laufen, über die er seine oben beschriebenen Behauptungen publik macht und seine Aktionen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Die tatsächliche Teilnehmer*innen-Präsenz bei diesen Events scheint dagegen eher gering zu sein. Mehrmals rief er zu einem Sturm auf den Reichstag auf, konnte jedoch nie mehr als 200 Personen dafür mobilisieren.

Innerhalb des reichsideologischen Milieus ist Hoffmann eine umstrittene Figur, da er, im Gegensatz zu Peter Fitzek oder Jo Conrad, wenig charismatisch auftritt und seine Aktionen einen eher dilettantisch, fast schon unfreiwillig kabarettistischen Eindruck erwecken. Über seine Online-Präsenz hat er dennoch die Möglichkeit, seine Ideen zu verbreiten.



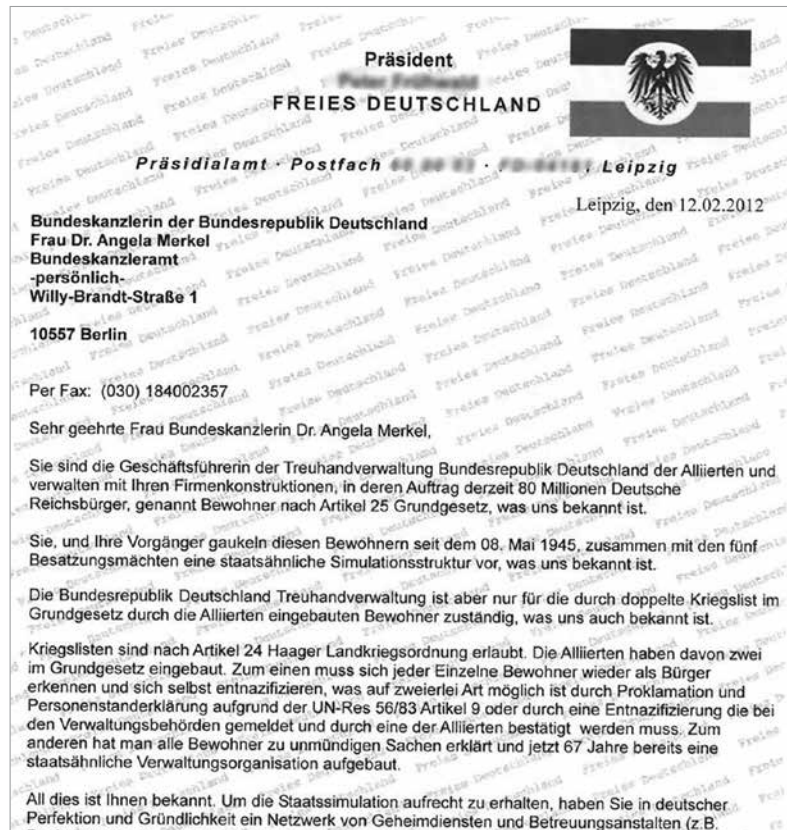
Mahnwache von Staatenlos.info vor dem deutschen Bundestag in Berlin. Foto: JFDA e.V.

Vielschreiber*innen und andere Querulant*innen

Im Vergleich zu vielen anderen Aktivitäten, die im reichsideologischen Milieu stattfinden, wirken Vielschreiber*innen zunächst eher harmlos. Ihre Radikalität bezieht sich vor allem auf eine sehr krude Auslegung von Paragraphen und Formulierungen sowie ein starkes Sendungsbewusstsein.

Für Behördenmitarbeiter*innen stellt dieses übersteigerte Mitteilungsbedürfnis jedoch durchaus ein Problem dar. Bisweilen kämpfen Ämter und Behörden mit Faxen, die teilweise über Stunden jeglichen anderen Fax-Verkehr stilllegen. Einige besonders renitente Reichsideolog*innen schicken beinahe täglich Post und bringen sie manchmal sogar selbst vorbei.

*Schreiben an
Angela Merkel.
Quelle: staseve.word-
press.com
(Die Seite ist
inzwischen vom Netz.
Der Screenshot wurde
vorher gesichert.)*



Bei Betrachtung dieser Briefe fällt auf, wie fasziniert die sogenannten Vielschreiber*innen von Titeln, amtlichen Formalitäten und Behördensprache sind. Meist werden die Briefe direkt an die höchstmögliche Stelle der jeweiligen Behörde adressiert und – wenn vorhanden – mit dem eigenen Reichswappen versehen. Manchmal verfolgen die Schreibenden einen konkreten Zweck, wollen beispielsweise Einspruch gegen die Zahlung von Steuern oder Ähnlichem erheben. Vielfach scheint es jedoch in erster Linie darum zu gehen, die eigene Auslegung der Realität kund zu tun. In der Abbildung oben, einem Schreiben des selbsternannten Repräsentanten eines »Freien Deutschlands«, lässt sich erkennen, wie wichtig für diesen speziellen Teil des reichsideologischen Milieus die Anerkennung einer hohen Autorität ist: Der Schreiber richtet sich direkt an Angela Merkel, die deutsche Bundeskanzlerin. Er beschuldigt sie, mit den alliierten Siegermächten gemeinsam der deutschen Bevölkerung lediglich vorzugaukeln, dass es sich bei der Bundesrepublik um einen legitimen Staat handle. Der Schreiber sucht in diesem Brief vor allem nach Bestätigung. Er möchte sich von der mächtigsten Person im deutschen Staat in seiner Position, d.h. in dem Scheinamt als »Präsident«, das er sich gegeben hat, legitimieren lassen.

Informationsguerilla

Eine weitere Methode, die jedoch seltener angewendet wird, ist die sogenannte Informationsguerilla. Dabei werden bewusst Informationen gestreut, die entweder Kritik an einem vermeintlichen Mainstream üben, Verwirrung in der als ahnungslos wahrgenommenen Gesellschaft schüren und/oder die eigene Agenda publik machen. Dies kann etwa folgendermaßen geschehen:

Im September 2017, kurz vor den Bundestagswahlen, liefen im Rathaus der Gemeinde Ispringen die Telefone heiß. Viele Bürgerinnen und Bürger waren besorgt und wollten wissen, ob ihre Ausweise nach wie vor Gültigkeit hätten oder wo sie diese abgeben sollten.

Auslöser für die Verwirrungen war ein Schreiben, das vielen Haushalten zugeht und in dem stand, dass »in den vergangenen Jahren einige wichtige Dokumente bundesweit falsch ausgestellt« worden seien: »Der Bundespersonalausweis/Reisepass entspricht nicht dem gesetzlichen Muster und stellt daher ein ungültiges Dokument dar.« Ein Grund für die Ungültigkeit des Passes sei beispielsweise: »Auf den Personalausweisen bzw. Reisepässen steht ›Name‹ – richtig ›Familiename‹ sowie Staatsangehörigkeit ›Deutsche‹ statt ›Bundesrepublik Deutschland‹.«

z. K. Bürgermeisteramt
Ispringen

z. B.
07. Sep. 2017

z. U.

z. Wv. HA OBA RA Forst

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner
der Gemeinde Ispringen –

anbei einige sehr wichtige Informationen:

Leider wurden in den vergangenen Jahren, einige wichtige Dokumente bundesweit falsch ausgestellt. Der **Bundespersonalausweis/Reisepass** entspricht nicht dem gesetzlichen Muster und stellt daher ein ungültiges Dokument dar.

Folgend ein Auszug aus dem geltendem Gesetzestext PAuswG (Personalausweisgesetz):

§ 5 Ausweismuster; gespeicherte Daten

(1) Ausweise sind nach einheitlichen Mustern auszustellen.

(2) Der Personalausweis enthält neben der Angabe der ausstellenden Behörde, dem Tag der Ausstellung, dem letzten Tag der Gültigkeitsdauer, der Zugangsnummer und den in Absatz 4 Satz 2 genannten Daten ausschließlich folgende sichtbar aufgebrauchte Angaben über den Ausweisinhaber:

1. **Familiename** und Geburtsname,
(...)
10. **Staatsangehörigkeit,**

*Dieses Schreiben erhielten Bürger*innen der Gemeinde Ispringen im Herbst 2017.*

Wersich mit diesen Dokumenten ausweise, mache sich strafbar. Daher sei jede*r Ausweisinhaber*in verpflichtet, »der Personalausweisbehörde unverzüglich 1. den Ausweis vorzulegen, wenn eine Eintragung unrichtig ist, Sie sind gesetzlich verpflichtet, dieses falsche Dokument sofort berichtigen zu lassen. Da dies mit Kosten verbunden ist, können Sie einen kostenlosen Ersatz Ihres falsch ausgestellten Personalausweises/Reisepasses innerhalb der nächsten 14 Tage ab Zugang dieses Schreibens im Rathaus der Gemeinde Ispringen einfordern«.

All diese Behauptungen sind Unsinn (siehe Fakten-Check S. 33), der jedoch so glaubhaft in behördenähnlicher Sprache formuliert wurde, dass einige Bürger*innen stark verunsichert waren.

Den Schreiber*innen gelingt es damit, Aufmerksamkeit auf ihre Inhalte zu lenken und Kritik an dem System zu üben, das sie ablehnen. Im beschriebenen Fall wird beispielsweise kritisiert, dass der Personalausweis die Staatsangehörigkeit nicht wirklich festlege.

Staatsangehörigkeitsausweis »Gelber Schein«

Aus Sicht des reichsideologischen Milieus weist der Personalausweis seine *n Inhaber* in lediglich als Personal der Bundesrepublik aus (siehe auch Fakten-Check S. 33). Wirklich deutsch könne ihrer Ideologie zufolge nur sein, wer seine deutsche Abstammung nachweisen kann. Dies wiederum ist, so denkt ein großer Teil des Milieus, nur auf Basis des Staatsangehörigkeitsausweises möglich. Ein solcher Ausweis, der auch als »Gelber Schein« bezeichnet wird, wurde dementsprechend seit 2016 vermehrt beantragt. Eigentlich brauchen diese Bescheinigung jedoch nur Personen, die Auslandsgeschäfte oder Adoptionen im Ausland tätigen; in manchen Bundesländern wird er auch im Zuge einer Verbeamtung gefordert. Die zuständigen Behörden waren daher von der plötzlichen großen Nachfrage zunächst überrascht. Im Landkreis Dachau beispielsweise beantragten im Jahr 2014 vier Personen den Staatsangehörigkeitsausweis, 2015 waren es 14 und 2016 elf. Von diesen 29 Personen werden zehn dem reichsideologischen Milieu zugerechnet.*

Mittlerweile wird von den Behörden in der Regel geprüft, ob es sich bei Antragstellenden um Reichsideolog*innen handelt. In diesem Fall wird nach § 30 StAG festgestellt, dass ein sachlicher Grund für die Ausstellung des »Gelben Scheins« nicht vorliegt, da die Staatsangehörigkeit der betreffenden Person nicht infrage stehe.**



* Schwarz, Anna (2017): Staatsangehörigkeitsausweis. Das Reichsbürger-Indiz, auf: Merkur.de [online] www.merkur.de/lokales/dachau/dachau-ort28553/wer-einen-so-genannten-staatsangehoerigkeitsausweis-beantragt-gehoeert-nicht-selten-zur-reichsbuerger-zuene-8387350.html [01.12.2017].

** Caspar, Christa/Neubauer, Reinhard (2017): Reichsbürger contra öffentliche Verwaltung. Erfahrungen und Argumentationen in der praktischen Auseinandersetzung. In: Speit/ Andreas (Hrsg.): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Berlin, S. 79-99.

Seminare, Workshops und reichsideologischer Merchandise

Wie die meisten Milieus bietet auch jenes der Reichsideolog*innen eine Fülle von Artikeln und Dienstleistungen an. Fantasieführerscheine oder -ausweise, Autokennzeichen mit Reichskriegsflaggen oder Wimpel und Fahnen der einzelnen Reichsregierungen – das meiste ist online bestellbar.

Wer solche Fantasiedokumente herstellt, verkauft oder bei sich führt, macht sich damit nicht unbedingt strafbar, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Papiere als unecht zu erkennen sind. Für diejenigen, die solche Fantasieausweise oder ähnliches bei sich tragen, ist zudem wichtig, dass sie trotzdem in der Lage sind, sich rechtskräftig auszuweisen (dazu reicht ein gültiger Personalausweis oder Reisepass) und beispielsweise eine in der Bundesrepublik Deutschland zugelassene Fahrerlaubnis besitzen. Immer wieder kommt es zu Konfrontationen mit der Polizei, weil Personen aus dem reichsideologischen Milieu versuchen, internationale Flüge mit ihren Fantasieausweisen anzutreten oder sie als Ersatz für ihren längst verlorenen Führerschein zu



»Führerscheindokumente« des »Freistaats Preußen«, der wie auch der »Bundesstaat Bayern« zum »Staatenbund Deutsches Reich« gehört. Screenshot von staatenbund-deutschesreich.info, 25.01.2018

verwenden. Ein Mitglied des »Bundesstaates Bayern« wurde wegen Fahrens ohne Führerschein – er wies sich mit einer Fahrerlaubnis des »Bundesstaates Bayern« aus – zu einer 8-monatigen Haftstrafe verurteilt. Dies ist jedoch nicht der einzige Rechtskonflikt, in den sich Mitglieder dieses »Reiches« begaben.

Beispiel: Der »Bundesstaat Bayern«

Im Jahr 2017 durchsuchte die Polizei mehrfach Wohnungen und Grundstücke von Personen, die zu der reichsideologischen Gruppe »Bundesstaat Bayern« gehören. Hintergrund der großangelegten Aktion war ein bereits im Herbst 2016 durch das Amtsgericht München II eingeleitetes Ermittlungsverfahren gegen die Führungsriege des Fantasiestaates. Der Vorwurf lautete auf »banden- und erwerbsmäßig begangene Urkundenfälschung und Amtsanmaßung.«¹² Bei den Durchsuchungen wurden jedoch nicht nur gefälschte Dokumente sichergestellt, sondern auch verschiedene Waffen und mehrere tausend Euro, die, so nimmt die Polizei an, aus dem Verkauf besagter Dokumente sowie aus unrechtmäßig eingenommenen »Steuern« stammen.¹³

Auf ihrer »offiziellen Weltnetzseite«¹⁴ stellt sich der »Bundesstaat Bayern« als Zusammenschluss der »indigenen deutschen Völker« vor. Die Mitglieder verstehen sich als die »Ureinwohner« Deutschlands und verweisen auf die UN-Charta, um ihre Rechte als »Indigene« einzufordern. Sie seien ein Teil des »Staatenbundes Deutsches Reich, im Verfassungsstand 1871«. Laut eigener De-

12 Spiegel online (2017): Erneut Razzien bei mutmaßlichen »Reichsbürgern«, [online] www.spiegel.de/panorama/justiz/reichsbuerger-polizei-durchsucht-wohn-und-geschaeftsraeume-von-45-tatverdaechtigen-a-1139838.html [01.12.2017].

13 s. auch Vice (2017): Für eine Handvoll Reichsmark - Wie Reichsbürger ihre Anhänger abzocken, [online] www.vice.com/de/article/wnky59/fur-eine-handvoll-reichsmark-wie-reichsbuerger-ihre-anhaenger-abzocken [01.12.2017].

14 In rechtsextremen Kreisen werden häufig englische Begriffe eingedeutscht, wie etwa »Weltnetzseite« für Homepage oder »E-Post« für Email.

definition sind die Mitglieder des »Staatenbundes Deutsches Reich«, zu denen auch der »Bundesstaat Bayern« zählt, keine »Reichsbürger«, alle anderen Bewohner*innen der Bundesrepublik dagegen schon. Denn der »Staatenbund Deutsches Reich« unterstützt, seiner Aussage nach, die Entnazifizierung Deutschlands, die bisher nicht stattgefunden habe.

Dennoch bedient der »Bundesstaat Bayern« auf seiner Homepage eine klassische rechts-extreme Rhetorik. Für ihn ist deutsch, wer per Staatsangehörigkeitsausweis über mehrere Generationen seine deutsche Abstammung nachweisen kann. Die Grenzen, die sie sich für ihr »Reich« wünschen, verletzen zudem die Oder-Neiße-Linie. Diese Form des Gebietsrevisionismus bezeichnet ebenfalls eine rechtsextreme Tradition (siehe auch: »Die Reichsideologie auf einen Blick«, S. 7, und »Handlungsoptionen Zivilgesellschaft, S. 42).

»Bestallungsurkunde« [urkundliche Berufung] der »Vertreterin für innere Angelegenheiten« des »Bundesstaates Bayern«. Screenshot staatenbund-deutschesreich.info, 25.01.2018



Seminare und Workshops

Seminare und Workshops werden im reichsideologischen Milieu und in seinen Grenzbereichen zu anderen Milieus zu diversen Themen angeboten. Insbesondere solche Veranstaltungen, in denen die Teilnehmenden lernen, bestimmte Probleme ihres Lebens bzw. des Alltags mit Mitteln des Milieus anzugehen, erfreuen sich großer Beliebtheit. Viele der Interessent*innen befinden sich in finanziellen Engpässen, sind teilweise verschuldet. Dazu kommen bei einigen psychische Belastungen durch das Gefühl, gesellschaftlich abgeschlagen zu sein, kein Gehör zu finden und mit den eigenen Belangen allein gelassen zu werden. Genau diese Problemlagen greifen besagte Angebote auf. Sie geben beispielsweise vor, den Teilnehmenden vermitteln zu können, wie sie keinen Rundfunkbeitrag, keine Steuern und anderen staatlichen Abgaben mehr zu zahlen bräuchten. Oder wie sie die Zwangsversteigerung ihres Hauses verhindern könnten.

In Argumentations-Workshops lernen die Teilnehmenden, wie sie mit Gerichtsvollzieher*innen, Polizist*innen oder Finanzbeamten*innen sprechen sollen, um den entsprechenden Amtshandlungen zu entgehen. Auf Basis völlig abwegiger Rechtsauslegungen und in einer schwer verständlichen, pseudojuristischen Sprache wird zumeist sehr schnell, laut und aggressiv mit den entsprechenden Behördenmitarbeiter*innen geredet. Dies führt auf Seiten der Reichsideolog*innen zunächst tatsächlich zu einem Gefühl von Bestärkung. Häufig erweisen sich die erlernten Techniken sogar vorübergehend als erfolgreich. Denn durch diese Art des Auftretens sind die jeweiligen Beamten*innen unter Umständen überfordert. Eine Person aus dem Milieu, die es schafft, durch eine aggressive, verwirrende Performance eine Amtshandlung zunächst zu verhindern, wertet das für sich als Triumph. In dieser Einschätzung wird die Person zudem bestätigt, wenn sie ihre Aktionen über Social Media-Kanäle mit der Öffentlichkeit teilt und positives Feedback von ideologischen Mitstreiter*innen bekommt.

Allerdings setzt sich in letzter Instanz immer der Staat durch, und die Ausgangslage der jeweiligen Personen verschlechtert sich damit meist zusätzlich. Denn um die Zahlung von Steuern und anderen staatlichen Abgaben oder um die Begleichung angehäufter Schulden kommen sie am Ende nicht herum. Was folgt, sind häufig Zwangsentziehungen, also die Pfändung dessen, was noch zu holen ist. Für einige, die nicht rechtzeitig zur Vernunft kommen, führt dieser Weg direkt in den finanziellen Ruin.

Eine dauerhafte Lösung für finanzielle oder andere Probleme kann auf reichsideologischer Grundlage niemals gefunden werden. Denn die Strategien, die im Milieu vermittelt werden, basieren weder auf demokratischen rechtsstaatlichen Prinzipien, noch fußen sie auf einer realistischen Auseinandersetzung mit individuellen wie gesellschaftlichen Problemen. Durch die antrainierte Verweigerungshaltung manövrieren sich die betroffenen Menschen zusehends tiefer in existenzielle Nöte und versperren sich realisierbare Wege zur Krisenlösung. Hinzu kommt, dass besagte Veranstaltungen Geld kosten – Ausgaben, die die Teilnehmenden aus ihrer Sicht in etwas investieren, das ihnen Hoffnung auf eine Krisenbewältigung verspricht, die am Ende ihre Lage jedoch verschlimmern.

Dennoch sollte nicht der Eindruck entstehen, dass all jene, die sich für Veranstaltungen aus dem reichsideologischen Milieu interessieren, Opfer ihrer Verhältnisse sind. Denn zum einen suchen viele von ihnen eben nicht nach *irgendeiner* Krisenlösung – sonst könnten sie ja auch andere, demokratische bzw. langfristig funktionierende Angebote aufsuchen. Stattdessen entscheiden sie sich für eine verschwörungsideologische Option.

Beispiel: Peter Frühwald

Peter Frühwald tritt als Verfechter einer sogenannten »staatlichen Selbstverwaltung« auf, zu deren Umsetzung er 2010 eine gleichnamige Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hat. 2012 rief er eine »Republik Freies Deutschland« aus, die sich auf die Weimarer Verfassung beruft, und ließ sich von seinen Anhänger*innen zu ihrem Präsidenten wählen. Noch im selben Jahr wurde er wieder abgesetzt, nachdem er wiederholt intern und öffentlich negativ aufgefallen war.

Frühwald geht davon aus, dass Deutschland nicht existiere bzw. kein legitimer Staat sei, da er keine Verfassung habe. Es fehle Deutschland außerdem an einem Friedensvertrag, weswegen es sich immer noch im Kriegszustand befinde. Demzufolge herrschten über die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg unverändert die alliierten Siegermächte, und es gelte die Haager Landkriegsordnung (siehe Fakten-Check S. 34). Aufgrund einer falschen Rechtsauffassung geht Frühwald davon aus, dass man sich unter Selbstverwaltung stellen kann, indem man eine Personanderklärung abgibt.

Peter Frühwald bietet Bücher und Seminare an, in denen sich die Teilnehmer*innen über seine Auffassung der Rechtslage informieren können. In diesen Veranstaltungen, die pro Teilnehmer*in über 100 Euro Gebühr kosten, behauptet er, dass in Deutschland noch immer das Besatzungsrecht gelte und es in diesem Zusammenhang kein Steuerrecht gäbe. Als Lösung schlägt er die staatliche Selbstverwaltung vor. Für Anhänger*innen kann diese »staatliche Selbstverwaltung« mit der Weigerung, Steuern, Rundfunkbeitrag oder andere gesetzliche Abgaben zu zahlen, letztendlich zur Pfändung des Eigentums und damit in existenzielle Krisen führen¹⁵ – während Peter Frühwald durchaus von der Neugier und finanziellen Not seiner Anhänger*innenschaft profitiert hat.

In Konflikt mit dem Gesetz

»Reichsbürger«, Selbstverwalter*innen und andere Personen, die sich im reichsideologischen Milieu tummeln, kommen immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt. Dabei handelt es sich, wie in Bezug auf den »Bundesstaat Bayern« (s.o., S. 20), zum Beispiel um Amtsanmaßung oder Urkundenfälschung, manchmal aber auch um schwerwiegende Formen des Betrugs oder der Nötigung. Zwei prominente und illustrative Beispiele für derlei Delikte sind die sogenannte »Malta Masche«, die

15 zur Illustration s. www.sonnenstaatland.com/2017/01/27/peter-fruehwald-und-seine-opfer

mit Birgit Fazekas in Verbindung gebracht wird, sowie die »königliche Reichsbank« und »Neudeutsche Gesundheitskasse« von Peter Fitzek.

Beispiel: Peter Fitzek und das »Königreich Deutschland«

Peter Fitzek ist eine der bekanntesten Personen des reichsideologischen Milieus. Von Hause aus gelernter Koch und Karatelehrer, betrieb er auch Esoterik-Geschäfte in Wittenberg und Halle. Als Mitbegründer des Vereins »Neu-Deutschland« rief er das »Königreich Deutschland« in Wittenberg ins Leben. Dort führten seine Anhänger*innen auf einem alten Krankenhausgelände ein Leben miteinander, das dem einer Sekte mit alternativem Anstrich ähnelte. Fitzek lehnt die Bundesrepublik ab und sieht in ihr kein Modell, das Zukunft hat. Das »Königreich Deutschland« biete seiner Auffassung nach eine valide Alternative dazu an. Auf der Internetpräsenz des »Königreichs« wird dies folgendermaßen beschrieben:

»Die Wiederherstellung echter Staatlichkeit in einer freiheitlichen Ordnung ist völlig legal und durchaus gewollt. Gewartet wird auf das Deutsche [Fehler im Original] Volk, welches den Auftrag hat, die eigene Gesellschaft umfassend zu reformieren.«¹⁶

Am 16. September 2012 ließ sich Peter Fitzek, unter anderem im Beisein von Jo Conrad (siehe »Bewusst.TV und Jo Conrad«, S. 14), in einer pompösen Zeremonie zum »König« des »Königreichs Deutschland« krönen. Er trat in dieser Rolle als charismatischer Führer auf, der sich besonders geschickt darin zeigte, seine Anhänger*innen von seinen Ideen zu überzeugen. Vordergründig wirkte der Gesamtauftritt des »Königreiches« verschroben, aber harmlos. Bei näherer Betrachtung fiel jedoch zum einen auf, dass Fitzek letztlich ein neues Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherstellen wollte. Damit würden Teile anderer Länder wieder dem »Deutschen Reich« zufallen und der *Zwei-plus-Vier-Vertrag* verletzt. Man bezeichnet solche Bestrebungen, die deutschen Grenzen zu Ungunsten der (vor allem osteuropäischen) Nachbarländer auszudehnen, als Gebietsrevisionismus (siehe auch »Die Reichsideologie auf einen Blick«, S. 7, und »Handlungsoptionen Zivilgesellschaft«, S. 42). Zudem äußerte sich der überzeugte Esoteriker gern zu verschwörungsideologischen Themen. Im Rahmen seines »Königreiches« hat er eine eigene Währung, den »Engel« (EinNeuesGeldErzeugtLeistungsbereitschaft) etabliert.

»Ein Neues Geld Erzeugt Leistungsbereitschaft. Zur Nutzung von und bei Vereinsmitgliedern«. Screenshot sonnenstaatland.com, 25.01.2018



Ferner gründete er die »königliche Reichsbank« und die »neudeutsche Gesundheitskasse« (NDGK) – beides ohne die dafür notwendige Genehmigung. Im Zuge dessen verkaufte er unrechtmäßig Versicherungen an seine Kundschaft. Darüber hinaus überzeugte er seine »Gefolgschaft«, ihm ihr Vermögen zu überschreiben, damit sie für den Fall des totalen Zusammenbruchs der Bundesrepublik direkt mit der »neu-deutschen« Währung ausgestattet seien. Er machte ihnen weis, dass es sich dabei um eine Wertanlage handele, mit der sie die seiner Ansicht nach bevorstehende Stunde null überstehen könnten.

16 »Königreich Deutschland« [online] <http://koenigreichdeutschland.org/de/willkommen-im-koenigreich.html> [25.01.2018].



»Königliche Reichsbank – Investition Zukunft«. Website der »Bank« des »Königreich Deutschland«. Screenshot krb.koenigreichdeutschland.org, 25.01.2018

Im November 2014 wurde Fitzek wegen der 2011 und 2012 begangenen Verstöße gegen das Versicherungsaufsichtsgesetz der Prozess gemacht. Dabei handelte es sich nicht um seinen ersten Konflikt mit dem Gesetz. Er war zu diesem Zeitpunkt schon mehrfach vorbestraft, vor allem wegen Fahrens ohne gültige Fahrerlaubnis, aber auch wegen gefährlicher Körperverletzung. Im Sommer 2016 wurde Fitzek erneut in Untersuchungshaft genommen und das Gelände des »Königreich Deutschland« durchsucht. Dieses Mal ging es um Delikte, die überwiegend in Zusammenhang mit seiner »Bank« standen. Im August 2017 wurde Peter Fitzek zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt.¹⁷

Beispiel: Die »Malta Masche«

Bei der sogenannten »Malta Masche« handelt es sich um eine besonders raffinierte Betrugsmasche, die 2015 und 2016 zum Einsatz kam. Dabei wurden vor allem deutschen Justizangestellten und Politiker*innen durch Personen aus dem Milieu der »Reichsbürger« Schulden angedichtet. Diese Schulden wurden von reichsideologischer Seite als »Vertragsstrafen« bezeichnet. Gemeint ist damit, dass die Bundesrepublik nach Ansicht der Reichsideolog*innen lediglich eine Firma sei (siehe Fakten-Check »BRD GmbH«, S. 33). Eine Bußgeldforderung wird daher von ihnen als »Angebot auf Abschluss eines Vertrages über ein Bußgeld« gewertet. Dadurch wiederum entstehe ein »zivilrechtlicher Vertrag«, der über einen »Vertragsstrafenkatalog« verfüge. Sollte die Behörde ihre Bußgeldforderungen nicht einstellen, würde gemäß dem Katalog eine »Vertragsstrafe« verhängt.

Diese meist schwindelerregenden Beträge wurden dann in ein US-amerikanisches Schuldenregister eingetragen. Der besondere Trick an der »Malta Masche« ist, dass die Rechtmäßigkeit der Schulden dort nicht überprüft wird. Denn besagtes Schuldenregister stellt keine Forderung her, sondern legt lediglich die Reihenfolge fest, in der eine Vollstreckung stattfinden könnte. Anschließend wurden die Forderungen an ein Inkasso-Unternehmen auf Malta abgetreten, das von Reichsideolog*innen gegründet und unterhalten wurde.

Dieses Inkasso-Unternehmen wandte sich mit den Forderungen an ein maltesisches Gericht. Das Gericht schickte einen Mahnbescheid an das jeweils zuständige deutsche Amtsgericht mit der Bitte um Zustellung an die vermeintlichen Schuldner*innen. Es ist allerdings, soweit bekannt, kein Bescheid tatsächlich durch ein deutsches Amtsgericht zugestellt worden. Laut maltesischem Gericht hätten die horrenden Forderungen nur angefochten werden können, indem die

¹⁷ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig: www.mz-web.de/wittenberg/koenigreich-deutschland-peter-fitzek-will-aus-dem-knast-29422104.

Adressat*innen binnen 30 Tagen auf Malta vor Gericht Widerspruch eingelegt hätten. Dazu kam es jedoch wie gesagt nie.

Letztendlich wurde durch die deutsche Justiz geklärt, dass es sich um eine Betrugsmasche handelte. Die Betroffenen mussten weder die Schulden begleichen noch vor einem maltesischen Gericht ihre Unschuld beweisen. Stattdessen wurden die Verantwortlichen strafrechtlich verfolgt.

Waffenbesitz, Gewaltbereitschaft und Militanz

Bis zur zweiten Jahreshälfte 2016 waren »Reichsbürger«, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen kaum öffentliches Gesprächsthema. Polizeilicher Staatsschutz und Verfassungsschutz wussten zwar um das Milieu, nahmen es jedoch nicht als große Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahr. Eine hervorzuhebende Ausnahme bilden in diesem Zusammenhang die Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt, die schon 2009 bzw. 2014 große Sensibilität für die Gefährdung zeigten, die vom reichsideologischen Milieu ausgeht.

Seit Ende 2016 haben sich die öffentliche Wahrnehmung des reichsideologischen Milieus und der staatliche Umgang mit seinen Anhänger*innen deutlich verändert.

Im August 2016 und erneut im Oktober desselben Jahres schossen die Selbstverwalter Adrian Ursache (siehe »Der Staat »Ur«, s.u.) und Wolfgang Plan (siehe »Regierungsbezirk Wolfgang«, S. 26) jeweils auf die Polizeikräfte, die eine Zwangsvollstreckung auf ihren Grundstücken vollziehen sollten. Dabei kam ein Polizist zu Tode, mehrere weitere Beamte und die beiden Selbstverwalter trugen Verletzungen davon. Als Reaktion auf diese tragischen Ereignisse begann die Polizei Ende 2016 damit, Anhänger*innen des reichsideologischen Milieus zu entwaffnen. Auch die Waffenbehörden der Länder entziehen seitdem verstärkt waffenrechtliche Erlaubnisse bzw. versagen deren Erteilung an Reichsbürger.

Zunächst stellte sich jedoch heraus, wie diffus das Wissen über Personenstärke und Ausbreitung des Milieus bis dato war. Das erste Bundesland, dessen Innenminister Boris Pistorius (SPD) sich für eine Entwaffnung von Reichsideolog*innen einsetzte, war Niedersachsen. Da Personen, die die Gesetze und das Gewaltmonopol des Staates nicht anerkennen, als nicht vertrauenswürdig gelten, eine Waffe zu führen, wurden zunächst keine waffenrechtlichen Erlaubnisse an Personen aus dem reichsideologischen Milieu mehr ausgestellt, und bereits erteilte Genehmigungen konnten wieder entzogen werden. Ein solches Vorgehen bedarf jedoch einer sogenannten Einzelfallprüfung, um Menschen nicht unter Generalverdacht zu stellen.¹⁸

Von den ca. 18.000 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt erfassten »Reichsbürgern« besitzen ca. 1.200 Personen Waffen.¹⁹ 450 Personen aus dem Milieu wurden ihre waffenrechtlichen Erlaubnisse bereits entzogen.

Beispiel: Der Staat »Ur«

Adrian Ursache, ein ehemaliger Mr. Germany, hatte sein Grundstück zum Staat »Ur« und sich selbst zu dessen Oberhaupt erklärt. Als im August 2016 sein Grundstück geräumt werden sollte, konnte er dies zunächst dadurch verhindern, dass zahlreiche Unterstützer*innen auf seinem Grundstück campierten. Im Zuge dieser Protestaktion bekräftigte Adrian Ursache in Interviews seinen Willen, auch Gewalt auszuüben, um seinen Staat »Ur« zu verteidigen:

»Wir sind im Völkerrecht. Hier leben also Menschen, die sind anerkannt worden. Und kommt er [der Gerichtsvollzieher; Anm. d. Autorin] jetzt egal womit auch immer, dann wäre es eine sGewalt im Völkerrecht und damit erleben wir einen Krieg. Nichts anderes! [...] Der Staat Ur ist anerkannt worden. Das ist ein Angriffskrieg, was jetzt passiert.«²⁰

18 vgl. Janz, Carsten/Speit, Andreas: »Wir sind im Krieg«. Waffen innerhalb der Szene. In: Speit, Andreas (Hrsg.) (2017): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Berlin, S. 117.

19 Quelle: www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-reichsbuerger/topthema-reichsbuerger.html, Stand: 31.03.2018

20 Interview Adrian Ursache mit dem MDR am 24.08.2016. Privat gefilmt und auf YouTube zur Verfügung gestellt durch S und T Info. www.youtube.com/watch?v=hizrq1GIGPc [online], Minuten 1:05-1:16 und 3:44-3:49. Stand: 20.06.2018

Als sich die SEK-Beamt*innen Zutritt zu Ursaches Haus verschafften, kam es zum Schusswechsel. Dabei wurde ein Polizeibeamter getroffen, der nur dank seiner Schutzkleidung mit einer Schürfwunde davon kam. Seit dem 9. Oktober 2017 muss sich Adrian Ursache nun wegen versuchten Mordes vor dem Landgericht Halle für seine Tat verantworten. Dabei zeigt er sich uneinsichtig, missachtet das Gericht und nutzt den ihm dort gebotenen Raum, um seine reichsideologischen Ideen zu präsentieren. Schließlich wurde er am 19. Oktober 2017 von seiner eigenen Verhandlung ausgeschlossen, da er das Gericht an der Aufnahme der Beweise hinderte.

Beispiel: »Regierungsbezirk Wolfgang«

Im Oktober 2016 hatte Wolfgang Plan durch die geschlossene Tür auf ein Sondereinsatzkommando der Polizei geschossen, das ihm seine Waffen wegen Unzuverlässigkeit abnehmen sollte. Mehrere Beamte wurden verwundet, einer erlag im Nachhinein seinen schweren Verletzungen. Auch Wolfgang Plan hatte sich unter Selbstverwaltung gestellt, eine farbige Grenze um sein Grundstück gezogen und sich zum »Souverän« seines »Reiches« erklärt.

Am 23. Oktober 2017 ist Wolfgang Plan zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Beispiel: »Burgos von Buchonia«

Für Adrian Ursache und Wolfgang Plan stand ihr persönliches Interesse im Vordergrund, ihren Besitz nicht zu verlieren und ihre Ideologie nach außen zu verteidigen. Doch nicht immer speist sich die Gewaltbereitschaft aus der Fantasie, sich selbst verwalten zu können. Es finden sich im Milieu auch Akteur*innen, deren Militanz auf die Vorstellung zurückgeht, das »deutsche Volk« gegen innere und äußere Feinde verteidigen zu müssen. Ein solcher Akteur ist Burghard B., der sich selbst »Burgos von Buchonia« nennt und für einen mehrere tausend Jahre alten keltischen Druiden und Nachfahren Merlins hält (siehe »Verbindungen mit anderen Milieus«, S. 35). Burghard B. fiel sowohl auf Facebook als auch auf der russischen Seite V-Kontakte durch seine menschenfeindlichen Postings auf. Offen hetzte er gegen Jüdinnen und Juden, Migrant*innen, Politiker*innen, Journalist*innen und viele weitere Gruppen. Er rief offen zu Gewalt gegen sie auf und deutete in Kommentaren immer wieder darauf hin, dass bereits Aktionen gegen diese Menschen in Planung seien.

Schließlich wurde B. im Januar 2017 mit weiteren Mitstreiter*innen festgenommen. Im Zuge dessen fand man bei ihm Waffen und Sprengstoff, zu deren Besitz er nicht berechtigt war. Zunächst wurde gegen ihn wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt, dieser Verdacht habe sich jedoch nicht erhärtet – die Begründung der Staatsanwaltschaft lautete, dass Burghard B. lediglich versucht habe, ein »Wehrdorf« aufzubauen. Dieses »Wehrdorf« sollte eine nach mittelalterlichem Vorbild befestigte Siedlung sein. Dort wollte er sich auf den sogenannten Tag X vorbereiten. Der Tag X markiert für Menschen aus dem Milieu den Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland, den Ausbruch des dritten Weltkrieges oder andere (Welt-)Untergangsszenarien. Viele Reichsideolog*innen gehen davon aus, dass dieser große Zusammenbruch kurz bevorsteht und sie sich für den finalen Kampf gegen ihre Feinde wappnen müssen.

Wegen des unerlaubten Waffen- und Sprengstoffbesitzes wird weiterhin gegen Burghard B. ermittelt.

*Diesen Aufruf zu einer »Kulturrevolution a la Mao« postete Burghard B. am 6. August 2015. In der Kommentarspalte betont er: »WIR TUN SCHON. Per PN verabreden. Im persönlichen Gespräch klären.«
Screenshot Facebook-Seite Burhard B., 25.01.2018*



Bernhard Bengert
6 August 2015 · 🌐



WIR HABEN ZU LANGE GESCHWIEGEN.
WIR HABEN ZU LANGE WEGGESEHEN.
WIR HABEN DIE VERANTWORTUNG FÜR DIE AHNEN UND DIE NACHKOMMEN VERNACHLÄSSIGT.
LASST UNS NUN MIT DEM AUFRÄUMEN BEGINNEN.
WIR BEFINDEN UNS IN EINER NOTWEHRSITUATION.
WIR BENÖTIGEN EINE SÄUBERUNGSAKTION STALINISTISCHEN AUSMASSES.
DANACH EINE KULTURREVOLUTION A LA MAO.
DIE FEINDE MEINER FAMILIE, MEINER SIPPE, MEINES STAMMES UND NICHT ZULETZT MEINES VOLKES WERDE ICH VERNICHTEN.
WO IMMER ER SICH VERBIRGT.

🔗 Share

👍 27

2 shares

12 comments

View 2 more comments



Hans Witten Ich bin dabei! 👍 1
2y



Bernhard Schulte ein heiliger Wunsch
2y



Bernhard Bengert KEIN WUNSCH.
2y



Markus Frenkel Ja
2y



Markus Frenkel Meine Seele weint weil die Ahnen rufen.
2y



Stefan Schick man hört gar nichts mehr vom bundesgauckler,...
2y



Gabriele Renate Wittenberg der Pfaffe bereitet die nächste Schweinerei vor.
2y



Stefan Schick Erbarmen
2y



Bernhard Bengert WIR TUN SCHON.
Per PN verabreden.
Im persönlichen Gespräch klären.
2y



WFF Magnum "Der Wille zum Siegen bringt die Entscheidung."
"Dort treffe ich dann meinen Vater. Dort treffe ich dann meine Mutter, meine Schwestern und meine Brüder. Dort treffe ich dann all jene Menschen meiner Ahnenreihe, von Beginn an. Sie rufen bereits nach mir. Sie bitten mich meinen Platz zwischen ihnen einzunehmen, hinter den Toren von Valhalla, wo die tapferen Männer für alle Ewigkeit leben!"
2y

Psychologische und sozialpsychologische Aspekte von Reichsideologien

Interview mit Jan Gerrit Keil

Jan Gerrit Keil arbeitet seit zehn Jahren beim polizeilichen Staatsschutz in Brandenburg als Kriminalpsychologe. Nach seinem Studium war er in mehreren Projekten für das Land Brandenburg zu Rechtstextremismus tätig. So kam er zur Beschäftigung mit »Reichsbürgern«, als einer Facette des Rechtstextremismus.

Was suchen Menschen im reichsideologischen Milieu?

Es gibt vom amerikanischen Sozialpsychologen Arie Kruglanski eine Theorie, dass die Menschen nach kognitiver Geschlossenheit (*need for closure*) suchen. Sie wollen eine Welt, die sie verstehen, die funktioniert. Es ist so, dass wir durch das Internetzeitalter Informationsmöglichkeiten für jedermann geschaffen haben, die größer sind, als sie vorher jemals waren. Es gibt auch keine Vorauswahl durch Redakteure, wie in *Der ZEIT* oder im *Spiegel*, die etwas ordnen und mir präsentieren, sondern ich komme überall an Originaldaten. Ich komme aber auch überall an *Fake News* ran. Es erfordert vom Individuum eine ganze Menge, sich daraus ein stimmiges Weltbild zu sammeln. Ich kriege also ein Gefühl für die Komplexität der Welt. Jetzt ist die Frage: Habe ich die Ressourcen, mit dieser Komplexität umzugehen, indem ich unterscheide in veränderbare und in nicht veränderbare Welten? Wenn ich das nicht hinkriege, gibt es Probleme.

Das ist für viele eine beängstigende Erfahrung, weil sie das Gefühl haben, ich kriege da den Deckel nicht mehr drauf. Das wäre das, was Kruglanski als *cognitive closure* bezeichnet.

Da eignen sich Reichsbürgerideologien ganz gut, weil die so ein bisschen alles mit allem verknüpfen. Das geht ins Esoterische, das geht ins Antisemitische, gerade wenn es um das Thema Banken geht, meistens unter dem Deckmantel »Hochfinanz«. Es ist kein offener Antisemitismus, sondern codiert durch »die Hochfinanz« oder »die Eliten«. All das wird miteinander in Verbindung gebracht. Und dann habe ich plötzlich dieses erhabene oder ermächtigende Gefühl, dass die da draußen auf der Straße alles Geblendete sind, aber ich in das Uhrwerk hineingeschaut und es begriffen habe.

Im Grunde genommen geht es vielen Menschen so. Im Gegensatz zu Reichsbürgern haben sie jedoch die Fähigkeit, die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Welt zu akzeptieren. Diese Fähigkeit zur *Ambiguitätstoleranz* – das wäre der psychologische Begriff dafür – die hat nur jemand, der eine gefestigte Identität ausbilden konnte, der dieses Weltchaos nicht als Angriff auf seine persönliche Identität sieht. Reichsbürger beziehen meist ihre Identität aus der Negation: Zur Bundesrepublik gehöre ich nicht mehr dazu. Das verbindet sie alle, Reichsbürger, Selbstverwalter*innen etc.

Und was kommt nach der Abgrenzung?

Der zweite Schritt ist dann, etwas dagegen zu setzen. Deswegen wird jetzt mit Artefakten [*hier: Gegenstände, denen besondere Bedeutung beigemessen wird; A.d.H.*] gearbeitet: Ausweise, Reisepässe, Stempel basteln. Da sieht man eine ganz große Verliebtheit für solche Details, Verwaltungsakte und für Schriftverkehr. Das ist vielleicht etwas, das typisch deutsche Mentalität ist.

Wie zeigt sich das denn in Deutschland?

In Deutschland ist die Orientierung eher antilibertär. Selbstverwalter*innen und »Reichsbürger« hier lehnen den Staat ab, aber setzen an seine Stelle sofort einen neuen. Sie basteln sich einen, der nach ihren Regeln funktioniert. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten: Die eine Möglichkeit ist, ich mache mich einem Staat angehörig. Die sind aber in sich alle verstritten, denn im Grunde möchte jeder in dieser Regierung sein. Diese hat 12 Kabinettsposten, wenn die alle voll sind,

spaltet sich die Regierung ab, weil es ja doch immer darum geht, wer hat die Führungsrolle, wer hat das Sagen. Die zu Ende gedachte Extremidee ist dann, ich werde Selbstverwalter. Dann habe ich alle Fäden in der Hand. Dann bin ich mein autonomer, eigener, kleiner Mikrostaat. Und dann ist es für mich auch nicht mehr beängstigend, was Frau Merkel erzählt, weil die für mich ja gar nicht mehr zuständig ist.

Ist der Wunsch, selbst die Führung innezuhaben, der einzige Grund für die große Verschiedenheit des Milieus?

Die wahnsinnige Heterogenität dieser Szene entsteht meiner Meinung nach auch aus dem Bedürfnis, dass alle Leute sich zwar einig sind in der Gegenidentität zur Bundesrepublik: Ich bin nicht Bundesrepublik, ich bin nicht »BRD GmbH«, wie sie sagen würden. Und nun geht es aber schon los. Was bin ich stattdessen? Bin ich Germanit, bin ich Preuße, bin ich in solch einer esoterischen Geschichte wie der Anastasia-Bewegung, bin ich neu-keltischer Druide, bin ich selber Reichskanzler, bin ich englischer Thronfolger, bin ich König von Deutschland, oder bin ich Selbstverwalter?

Da zerfleddert sich die Szene, weil jeder persönlich darum kämpft, eine Identitätskonstruktion zu finden, mit der er klarkommt und in der er sich als argumentativ selbstwirksam und wirkmächtig erfährt. Und vielleicht auch eine kleine Schaar um sich gruppieren kann, die ihm Anerkennung verschafft. Da gibt es dann offensichtlich auch immer einen Anführer, der ein etwas stärkeres narzisstisches Bedürfnis hat und ein paar Anhänger, die ihren Identitätsgewinn daraus ziehen, dass sie ihm folgen und seine narzisstische Aufladung der Person betreiben sowie durch Identifikation ihr eigenes Bedürfnis nach Identität und Anlehnung befriedigen.

Gibt es auch pragmatische Gründe, aus denen Leute sich dem reichsideologischen Milieu zuwenden?

Sie möchten keine Gebühren zahlen und ihre Schulden loswerden. Das müssen wir natürlich auch ansprechen, es gibt einfach ein Schuldenproblem bei der Hauptklientel der Mitläufer. Sie möchten Recht bekommen, sich als wirkmächtig erfahren, ihre Schulden los sein. Zudem soll es kein Gesetz gegen Ordnungswidrigkeiten und keine Rundfunkgebühr mehr geben ...

Wieso führen Kritik oder Widersprüche nicht zu einem Umdenken?

Weil es darum geht, so schnell wie möglich die sogenannte *Cognitive Closure* herzustellen. Egal was ich erzähle, das wird alles passend gemacht. So funktionieren im Grunde genommen auch Sektenmechanismen.

Wir kennen diese Sekten, die sich auf einem Berg treffen, und der Anführer oder die Anführerin sagt, wir müssen jetzt hier warten und beten. Dann wird ein UFO kommen, wird uns mitnehmen und der Rest der Welt wird im Armageddon untergehen. Dann treffen sie sich, beten, und das UFO kommt eben nicht und sie sind nicht die einzigen Überlebenden der Apokalypse. Jetzt würde jeder gesunde Mensch denken: Ich bin mit meiner Konstruktion der Wirklichkeit angeeckt. Ich muss mir eine neue Wirklichkeit bilden. Dennoch führt sogar so eine offensichtliche Konfrontation meist nicht zu einem Umdenken, denn die Leute haben zu viel investiert, um Mitglied dieser Gruppe zu sein. Möglicherweise haben sie gebrochen mit ihren früheren Freunden, haben ihr Geld der Gruppe gegeben, haben Geld investiert. Zudem haben sie soziale Strukturen in der Gruppe gewonnen – neue Freunde, ein neues soziales Umfeld. Dann war die Investition zu groß, um zu sagen, das war alles nur Quatsch. Stattdessen wird dann beispielsweise erklärt, dass das UFO nicht gekommen ist, weil so stark gebetet worden ist.

Das ist der klassische *Commitment-Konflikt der Sozialpsychologie nach Helen Rusbult*, dass die Bindung umso stärker ist, je mehr ich investiert habe, je zufriedener ich mit dem Umfeld bin, das ich dort vorfinde, und je weniger Alternativen ich habe.

Wie würde das am Beispiel des reichsideologischen Milieus aussehen?

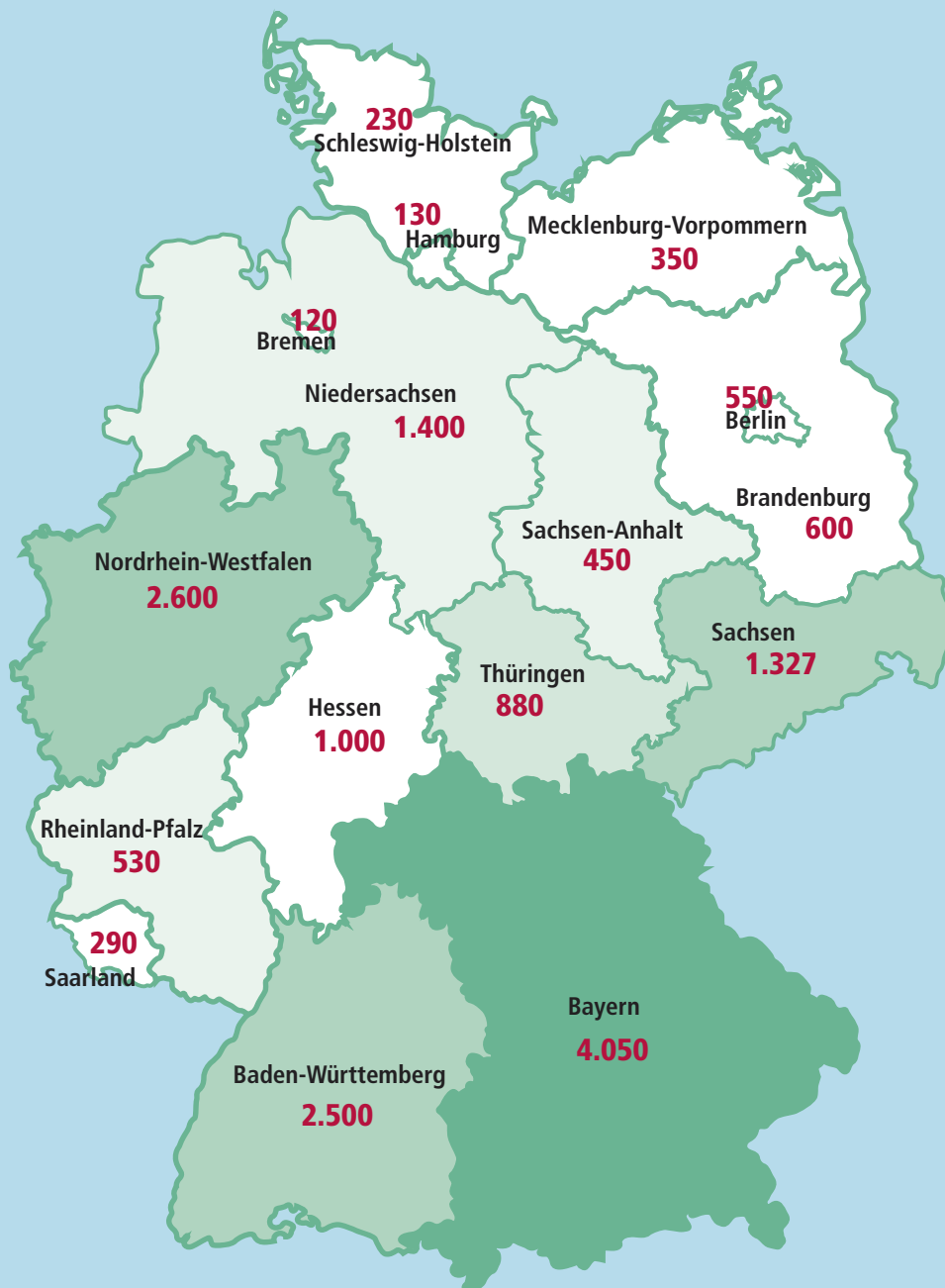
Wenn wir uns beispielsweise Adrian Ursache anschauen, der hat sich absolut in diese Ideologie reinbegeben. Er hat sich exponiert vor der Kamera. Er hat sich Unterstützung und ein neues Umfeld geschaffen. Er kann jetzt nicht mehr zu den Banken gehen und sich insolvent melden. Also, er weiß auch, wie weit er gegangen ist. Das heißt, seine Investition war groß. Er hat ein Unterstützernetzwerk aufgebaut, und bei realistischer Betrachtung sind die Alternativen durch sein Verhalten in den letzten Monaten und Jahren auch eher gesunken. Das ist eine *Commitment-Spirale*, in die er sich begeben hatte und aus der es dann kein Zurück mehr gab. Er bricht immer mehr mit einer bürgerlichen Existenz und hat dann auch noch die Zuschauer da, denen er zu verstehen gibt: Ihr seid die Auserwählten, die verstanden haben, welche Botschaft ich hier präsentiere. Er wertet sie also auf. Gleichzeitig ist das wie bei einer Sekte ein Führer-Geführten-Prinzip.

Wenn einer in dieser *Commitment-Spirale* soweit am Ende ist, dass es für ihn psychologisch keine annehmbare Alternative mehr gibt, die seinen Selbstwert schützen würde, außer ein aggressiver oder autoaggressiver [gegen sich selbst gerichtete Aggression; A.d.H.] Akt, dann wird es gefährlich.

Diese Reichsbürger-Karrieren haben, was das Finanziell-Materielle betrifft, ein finalisierendes Element. Denn das Verhalten, das sie zeigen, ist nicht lösungsorientiert. Wenn jemand nicht bereit ist zu sagen, helf mir jetzt da herauszukommen, und sich dementsprechend z.B. an den Gerichtsvollzieher zu wenden, dann endet es in der Regel schlimm. Dann läuft es über drei, vier, fünf Jahre auf einen Punkt zu, an dem das totale finanzielle Chaos, der Verlust von Heim und Hof droht. Das heißt, jetzt sind die in einer wirklich verzweiferten Lage, aus der sie keinen Ausweg mehr sehen.

Bundesländer	Erfasste Personen (absolut)	Erfasste Personen (pro 10.000 Einwohner*innen)
Baden-Württemberg	2.500	2,38
Bayern	4.050	3,26
Berlin	550	1,59
Brandenburg	600	2,45
Bremen	120	1,77
Hamburg	130	0,25
Hessen	1.000	1,61
Mecklenburg-Vorpommern	350	2,17
Niedersachsen	1.400	1,82
Nordrhein-Westfalen	2.600	1,45
Rheinland-Pfalz	530	1,3
Saarland	290	2,91
Sachsen	1.327	3,25
Sachsen-Anhalt	450	2,01
Schleswig-Holstein	230	0,8
Thüringen	880	4,08
Summe der LfV-Angaben	16.807	2,04
Gesamtzahl laut BfV	18.000	2,18

Verbreitung von Reichsbürgern et al in der Bundesrepublik. Quellen: Landesämter für Verfassungsschutz sowie Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Details siehe S. 31



Quellen:

- LfV Baden-Württemberg, www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Reichsbuerger+und+Selbstverwalter [online] 20.06.2018
- LfV Bayern, Stand: 31. März 2018, www.verfassungsschutz.bayern.de/weitere_aufgaben/reichsbuerger/index.html [online] 20.06.2018
- LfV Berlin, kleine Anfrage des Abgeordneten Tom Schreiber (SPD), Stand: 31.03.2018, www.kleinanzefragen.de/berlin/18/15414-rechts-extremismus-irre-reichsbuerger-in-berlin-iii [online] 25.07.2018
- LfV Brandenburg, Stand 05.06.2018, www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.597726.de [online] 20.06.2018
- LfV Bremen, Stand 2017, www.inneres.bremen.de/sixcms/media.php/13/VSB%202017.pdf [online] 26.07.2018
- LfV Hessen, Stand 2017, www.lfv.hessen.de/sites/lfv.hessen.de/files/Verfassungsschutzbericht%202017.pdf [online] 26.07.2018
- LfV Mecklenburg-Vorpommern, digitale Auskunft (Email), Stand: 14.06.2018
- LfV Niedersachsen, Stand 2017, www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/131127/Verfassungsschutzbericht_Niedersachsen_2017_-_Vorabfassung.pdf [online] 20.06.2018
- LfV NRW, Stand 2017, www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/vorab_vs_bericht_2017.pdf [online] 26.07.2018
- LfV Rheinland-Pfalz, Stand 04.06.2018, www.mdi.rlp.de/fileadmin/isisim/Unsere_Themen/Sicherheit/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2017.pdf [online] 20.06.2018
- LfV Saarland, Stand 2016, www.saarland.de/dokumente/res_innen/Lagebild_Verfassungsschutz_2016.pdf [online] 26.07.2018
- LfV Sachsen, Stand 2017, www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/INTERNET_FINAL_VSB2017_Vorabfassung.pdf [online] 20.06.2018
- LfV Sachsen-Anhalt, Stand 2017, www.mi.sachsenanhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3_Themen/Verfassungsschutz/VSB2017_Presse1.pdf [online] 26.07.2018
- LfV Schleswig-Holstein, Stand 31.12.2017, www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/Downloads/Berichte/Verfassungsschutzbericht_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [online] 20.06.2018
- LfV Thüringen, digitale Auskunft (mit dem Vermerk, dass sich zahlreiche Hinweise noch in Prüfung befinden), Stand Mai 2018
- BMI, Stand 2017, www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-reichsbuerger/topthema-reichsbuerger.html [online] 20.06.2018

Behauptet wird – wahr ist: Reichsideologie im Fakten-Check

»Das Grundgesetz ist keine Verfassung (Art. 146 GG).«

Diese Behauptung basiert unter anderem auf der Annahme, dass eine Verfassung auch so heißen muss und nicht Grundgesetz heißen darf.

Außerdem wird Artikel 146, GG als Beleg für obige Behauptung zitiert: *»Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«* (GG, Art. 146,1)

Fakten-Check:

Der Name spielt für die Rechtsgültigkeit einer Verfassung keine Rolle. Wichtig ist, dass sie ihre Funktion erfüllt und rechtskräftig anerkannt wurde. In Bezug auf das Grundgesetz ist dies der Fall. Die alliierten Siegermächte haben nach dem Zweiten Weltkrieg eine verfassungsgebende Versammlung gefordert, den parlamentarischen Rat. Dieser hat den Namen Grundgesetz als Zugeständnis an die damalige Ost-Zone gewählt. Denn schon in den Nachkriegsjahren bestand die Hoffnung, die Teilung Deutschlands wieder aufzuheben. Dem gleichen Anliegen trägt auch die offene Formulierung des zitierten Artikels 146 Rechnung. Gemeint ist also lediglich, dass es nicht die letzte deutsche Verfassung bleiben muss. Für die Alliierten spielte der Name keine Rolle, sie erkannten das Grundgesetz als *Constitution* (Verfassung) an.

Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes als rechtmäßige deutsche Verfassung wurde die Gültigkeit der Weimarer Verfassung aufgehoben. Denn es kann immer nur eine Verfassung auf einem Gebiet Gültigkeit beanspruchen.

»Das Grundgesetz besitzt keine direkte demokratische Legitimation.«

Fakten-Check:

Eine demokratische Legitimation ist für eine Verfassung nicht notwendig. Die Initiative zur Verfassungsgebung erfolgte vonseiten der Alliierten, da sie nach dem Zweiten Weltkrieg die Staatsgewalt innehatten.

Dennoch kann von einer indirekten Legitimation des Grundgesetzes gesprochen werden. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die das Grundgesetz ausarbeiteten, waren Delegierte der Landtage, die zwischen 1945 und 1948 demokratisch gewählt worden waren. Bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes wurden einige besondere Vorgaben der Alliierten eingehalten. Dies ist jedoch nachvollziehbar, da der von Deutschland geführte Vernichtungskrieg und die Shoah erst vier Jahre zurücklagen.

»Das Grundgesetz ist nicht mehr gültig, da sein Geltungsbereich zusammen mit dem Artikel 23 GG der alten Fassung aufgehoben wurde.«

Nach Ansicht der Reichsideolog*innen erfolgte am 17. Juli 1990 durch den US-Außenminister James Baker die Anweisung an die Bundesregierung, den Art. 23 GG (räumlicher Geltungsbereich des GG/Der Bund und die Länder) in seiner damaligen Fassung aufzuheben. Durch die Aufhebung des Geltungsbereichs sei gleichsam das GG selbst aufgehoben worden.

Fakten-Check:

Verfassungen können ohne expliziten Geltungsbereich Gültigkeit beanspruchen. Außerdem ist der Geltungsbereich im Titel und in der Präambel weiterhin vorhanden.

Unabhängig davon garantiert die sogenannte *Ewigkeitsklausel* den Fortbestand des Grundgesetzes: *»Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.«* (GG, Art. 79)

Die Aufhebung des Art. 23 (alte Fassung) stand im Bezug zur anstehenden Vereinigung von DDR und Bundesrepublik Deutschland. Dazu fand am 17. Juli 1990 in Paris eines der Vorverhandlungstreffen zum *Zwei-plus-Vier-Vertrag* statt, der den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik regelte.

»Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Firma (»BRD GmbH«).

Für diese Behauptung werden zwei »Argumente« angeführt. Einerseits weise schon das Wort Personalausweis darauf hin, dass es sich bei den Träger*innen um »Personal« der »BRD GmbH« handle. Andererseits wird angeführt, dass Verfassungsorgane und Behörden der Bundesrepublik in Firmenverzeichnissen zu finden seien.

Fakten-Check:

Es stimmt zwar, dass Verfassungsorgane und Behörden in Firmenverzeichnissen aufgeführt sind, der Grund dafür ist jedoch schlicht, dass es sich bei ihnen auch um Akteur*innen im Wirtschaftssystem handelt. Sie unterliegen den gleichen Regeln wie Unternehmen, was den Warenverkehr angeht. Das macht sie aber nicht zu Firmen. Genausowenig, wie der Name Personalausweis seine Träger*innen als Personal ausweist. »Personal« steht hier für Personalien.

Es gibt eine Finanzagentur mit dem Namen »Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH«, auf die sich einige Reichsideolog*innen in ihrer Behauptung beziehen. Dabei handelt es sich um ein Unternehmen mit Sitz in Frankfurt am Main. Die Bundesrepublik Deutschland tritt hier, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen, als alleinige Gesellschafterin auf. Das heißt, sie kümmert sich um die Platzierung von Staatsanleihen auf dem Finanzmarkt. Deswegen ist sie privatwirtschaftlich organisiert.²¹

21 SWR Aktuell (2017): Fakten-Check. Was ist dran an den Thesen der »Reichsbürger«? Beantwortet von Prof. Bernd Grzeszick. Online unter: www.swr.de/swraktuell/bw/Fakten-Check-was-ist-dran-an-den-thesen-der-reichsbuerger/-/id=1622/did=18351688/nid=1622/5q2068/index.html [01.12.2017].

»Deutschland hat keinen Friedensvertrag.«

Diese Behauptung teilt sich in zwei »Argumente«, je nachdem, welches Deutsche Reich sich die Reichsideolog*innen zurückwünschen.

Das erste »Argument« besagt, dass es schon nach dem Ersten Weltkrieg keinen Friedensvertrag mit allen alliierten Siegermächten gegeben habe, da der US-Kongress den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hat. Daraus wird geschlossen, dass sich Deutschland nach wie vor im Kriegszustand mit den USA befände.

Das zweite »Argument« besagt, dass am 8. Mai 1945 lediglich die Wehrmacht kapituliert habe, dadurch jedoch nicht automatisch das Dritte Reich. Daher gebe es auch keinen Friedensvertrag.

Fakten-Check:

Es stimmt zwar, dass der US-Kongress den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hat, dafür aber haben die USA im Jahr 1921 einen gesonderten Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich abgeschlossen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zunächst keinen expliziten Friedensvertrag. Die Alliierten haben jedoch jeweils einseitige Friedenserklärungen erlassen. Von Seiten der Westalliierten erfolgten diese im Jahr 1951, die der Sowjetunion folgte im Jahr 1955. Spätestens mit dem *Zwei-plus-Vier-Vertrag* aus dem Jahr 1990 wurde jedoch ein gesonderter Friedensvertrag zwischen Deutschland und den ehemaligen Alliierten hinfällig.

»Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht souverän!«

Es wird behauptet, Deutschland sei immer noch besetzt, weil das Besatzungsrecht weiterhin gelte.

Fakten-Check:

Die Souveränität der DDR wurde durch eine Erklärung der UdSSR seit 1954 hergestellt; die Bundesrepublik Deutschland gilt seit dem *Deutschlandvertrag* aus dem Jahr 1955 als souverän. Spätestens seit dem *Zwei-plus-Vier-Vertrag* aus dem Jahr 1990 jedoch ist die Bundesrepublik Deutschland ein souveräner Staat.

Verbindungen mit anderen Milieus

Neben den ideologischen und personellen Überschneidungen zur rechtsextremen Szene greift das reichsideologische Milieu vor allem über auf den Bereich der Esoterik und der alternativen Lebensweisen. Die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen Reichsideologie und Esoterik sind groß. In ihrem Zentrum stehen Menschen, die mit ihren Lebensverhältnissen und der Gesellschaft, die sie umgibt, unzufrieden sind. Sie befinden sich häufig auf der Suche nach einem Sinn – sowohl für ihr eigenes Dasein als auch für globale Geschehnisse.

Die Suche nach Alternativen zu ihrem bisherigen Leben und zu den bestehenden Verhältnissen ist bei all diesen Strömungen die treibende Kraft. Diffuses Unwohlsein mit der sie umgebenden Welt und ein wachsendes Misstrauen in etablierte Institutionen veranlassen zunehmend Menschen, sich Ausweichstrategien zu suchen.

Jo Conrad, Peter Fitzek und Burghard B. sind nur einige prominente Beispiele für den starken esoterischen Einschlag des reichsideologischen Milieus. Esoterik bietet auf jede Frage eine eindeutige Antwort und für jedes Problem eine Lösung an. Nichts wird hier dem Zufall überlassen.

Im Mai 2015 beispielsweise verübte ein Selbstmordattentäter einen Anschlag auf ein Konzert der Künstlerin Ariana Grande in Manchester und riss 22 Menschen mit sich in den Tod. Der Islamische Staat bekannte sich anschließend zu der Tat. Jo Conrad griff in Bewusst.TV dieses Attentat auf. Er beginnt sein Statement mit dem Hinweis, dass man viele Dinge, die geschehen, gar nicht versteht, wenn man nicht die Hintergründe kenne. Deswegen erklärt er sie sogleich, indem er darauf hinweist, dass die Musikszene dafür bekannt sei, mit okkulten, blutigen und sexuellen Bildern zu werben. Auch Ariana Grande sei ein Teil davon. Um das zu belegen, zeigt er Bilder von ihr in Halloween-Kostümierung, wie sie einen Totenkopf küsst oder ein Latex-Hasenkostüm trägt.

*Teil der Ausstellung »Das Reich«
von Henrike Naumann. Walhalla
bezeichnet in der nordischen My-
thologie den Ort der letzten Ruhe.
Im Rechtsextremismus sowie in
der rechten Esoterik wird häufig
auf solche germanischen Mythen
und Bräuche zurückgegriffen.
Bild: Inga Selck*



Daran schließt er an, dass, wer »nach oben« will, dafür oftmals Opfer bringen müsse. Dies meint Jo Conrad im wörtlichen Sinn, nämlich Tier- und Menschenopfer.

»Wir wissen von einigen Musikern, die ganz klar gesagt haben, dass sie ihre Seele dem Teufel verkauft haben.«²²

Diese Erklärung bettet er ein in die große Verschwörungserzählung von einer »Neuen Weltordnung«, die eine kleine mächtige Elite, die Jo Conrad auch als »dunkle Mächte« bezeichnet, voranbringen will. Auf diese Erzählung von »dunklen Hintergrundmächten« kommt er immer wieder zurück, unabhängig davon, welcher konkreten Frage er sich gerade widmet. Damit sind die Schuldigen sofort benannt und die Verunsicherung, die von schwer erklärbareren Katastrophen ausgeht, wird gebannt. Gleichzeitig gibt er den Betroffenen in diesem Fall eine große Mitschuld für das, was ihnen widerfahren ist. Auch dies ist typisch für esoterische Modelle, die Verantwortung für komplexe und/oder zufällige Vorgänge und Ereignisse den Betroffenen zuzuschreiben.

Beim reichsideologischen »Freidenker Stammtisch Nandlstadt« in Airischwand hat man sich ebenfalls mit solchen Erklärungsmodellen vertraut machen wollen und daher die »Rückführungstherapeutin« Vesna Božič Mauko eingeladen. Sie erklärt in einem Vortrag, dass unangenehme Umstände in *diesem* Leben meist auf ein eigenes Fehlverhalten in einem früheren Leben zurückgehen. So berichtet sie von einer *Person of Colour*, die rassistisch diskriminiert wird, aber nur, weil sie in drei früheren Leben selbst Menschen diskriminiert habe.

Rassistische Argumentationen sind häufiger Bestandteil esoterischer Weltanschauungen. Dies liegt daran, dass Esoterik meist auf einer essenzialisierenden (auf eine ursprüngliche Wesenheit festschreibend, die innere Differenzen oder Widersprüche verleugnet) Vorstellung von Mensch, Gesellschaft und Kultur beruht. Das heißt, sie geht vielfach davon aus, dass es einen vorgesellschaftlichen Naturzustand gäbe, der anstrebenswert wäre. In diesem Punkt überschneiden sich esoterische Weltanschauungen mit völkischen Ansätzen. Denn auch völkische Vorstellungen wollen einen Zustand herstellen, indem »das Volk« mit seinem vermeintlich durch das Blut verbundenen Territorium und der dort heimischen Natur eins wird (siehe »Die Sozialistische Reichspartei«, S. 10). Dabei handelt es sich um eine spirituell aufgeladene Sehnsucht, die eine Fantasie real umsetzen möchte. Esoterik diente schon seit dem späten 19. Jahrhundert als eine Art heidnische Ersatzreligion, die während des Nationalsozialismus als Gegenmodell zu christlich-jüdischen Glaubensstraditionen wirkte.

Burghard B. (siehe auch »Burgos von Buchonia«, S. 26) greift in seinem Auftreten als keltischer Druiden diese vermeintlich uralten heidnischen Bräuche und Sitten auf. Sein völkisches Verständnis von Spiritualität ist extrem rassistisch und antisemitisch geprägt. Durch seinen verschrobenen Auftritt ist jedoch lange Zeit seine extrem menschenverachtende Ideologie kaum wahrgenommen und stattdessen verharmlost worden.

Beispiel: »Fürstentum Germania«

Das »Fürstentum Germania« wurde im Februar 2009 auf dem Gelände eines verfallenen Schlosses im brandenburgischen Krampfer ausgerufen. Zu den populären Initiatoren dieses Projektes gehörte unter anderem Johannes »Jo« Conrad. Außerdem waren an der Gründung des Fürstentums Anhänger*innen der »Kommissarischen Reichsregierung«, des »Runden Tisches Berlin« und weitere Gleichgesinnte beteiligt. Viele der neuen Schlossbewohner*innen erweckten nach außen eher den Eindruck, Teil einer alternativen Kommune zu sein. Zu ihren täglichen Aufgaben gehörten die Renovierungsarbeiten an dem stark baufälligen Schloss, das Hüten der Schafe oder der Anbau von Biogemüse. Das Fürstentum Germania zog auch junge Menschen auf der Suche nach alternativen Lebensweisen an. Hier zeigt sich die Schnittstelle zwischen eben dieser Suche nach Alternativen zum bürgerlichen Leben, Esoterik und Reichsideologie. Die Gruppen, die ein solches Zusammenleben praktizieren, gleichen häufig in ihrer Struktur einer Sekte. Anders als bei den eher altbackenen »Reichsbürger-Stammtischen« findet sich hier auch junges Publikum auf Sinnsuche.

22 Bewusst.TV (2017): Zusammenhänge, [online] <http://bewusst.tv/zusammenhaenge/> [01.12.2017].



Das Schloss Krampfer. Foto: onnola (CC BY-SA 2.0)

Auch diejenigen Mitglieder, die vor allem wegen des esoterischen Abenteuers zum »Fürstentum Germania« gestoßen waren, ließen sich im Zusammenleben für die reichsideologischen Inhalte erwärmen.

Jo Conrad ist ausgesprochen erfahren in Öffentlichkeitsarbeit und zeichnet sich durch einen hohen Mitteilungsdrang aus. Zusätzlich zu der medialen Aufmerksamkeit kamen jedes Wochenende Neugierige aus dem gesamten Bundesgebiet als Besucher*innen in das Schloss.

Sowohl die Gemeindeverwaltung Krampfer als auch viele Gemeindemitglieder zeigten sich durch die Aktivitäten verunsichert. Das »Fürstentum Germania« gab sich als harmloses alternatives Wohnprojekt, das Wert auf esoterischen Bio-Anbau legt. Eine genaue Betrachtung seiner inhaltlichen Ausrichtung ließ jedoch Zweifel daran aufkommen, dass es sich lediglich um eine Landkommune handelte.

Im Mai 2009, nach nur dreimonatigem Bestehen, wurde dem Projekt durch das Bauamt ein Ende gesetzt. Die Baumängel waren zu gravierend, und die Neuinhaber des Schlosses hatten, ihrer Reichsideologie folgend, keinen Bauantrag bei der Gemeinde gestellt. Dementsprechend wurde das Gelände von der Polizei geräumt und ihr Projekt damit beendet.

»Ein Stonehenge aus Schrankwänden«

Interview mit Henrike Naumann zu ihrer Kunstinstallation »Das Reich«

Aufgewachsen in einem ostdeutschen Dorf in den 1990ern, hat Henrike Naumann Rechtsextremismus als dominante Jugendkultur erlebt. In ihrer Arbeit reflektiert sie die Geschichte rechts-extremer Gewalt in Deutschland und die Ursachen rassistischer Vorurteile. Sie interessiert sich für die Mechanismen von Radikalisierung und dafür, wie diese mit persönlicher Erfahrung und Jugend verknüpft sind. Sie untersucht das Spannungsfeld politischer Meinungsbildung durch die Ambivalenzen persönlichen ästhetischen Geschmacks.

Ihre neue Arbeit »Das Reich« war im November 2017 im Rahmen des Herbstsalons des Maxim Gorki Theaters im Kronprinzenpalais Berlin zu sehen. Melanie Hermann hat sie vorher befragt.

An was für einem Projekt arbeiten Sie gerade?

Ich arbeite seit einem Jahr an der Installation »Das Reich«. Das ist eine Möbel-Video-Installation, die ich beim dritten Herbstsalon des Maxim Gorki Theaters Berlin im November 2017 zeige. Mit der Thematik habe ich mich seit 2013 künstlerisch beschäftigt. Es ist aber jetzt das erste Mal, dass ich dazu eine umfassendere Arbeit mache. Was auch damit zusammenhängt, dass aufgrund der Entwicklungen in der Szene das mediale Interesse größer geworden ist und auch der Wunsch, dazu Arbeiten zu sehen.

Die Installation habe ich für den Raum im Kronprinzenpalais entwickelt, den Bankettsaal, in dem 1990 der Einigungsvertrag unterzeichnet wurde. Im Prinzip fing das so an, dass ich die Möglichkeit bekam, da eine Arbeit zu entwickeln. Als ich sah, dass es um das Kronprinzenpalais geht, dachte ich, dass ich dort gern eine Arbeit zum Thema »Reichsideologie« machen würde. Denn die »Reichsbürger« oder Anhänger der Reichsideologie beziehen sich auf den Einigungsvertrag, der dort unterzeichnet wurde. Sie sagen, dass die Bundesrepublik damit aufgehört hat zu existieren, weil es einen neuen Friedensvertrag hätte geben sollen, wie im Grundgesetz § 49 beschrieben. Auf



Die Installation »Das Reich« von Henrike Naumann anlässlich des Herbstsalons 2017 des Maxim Gorki Theaters. Zu sehen ist ein Teil der im Kronprinzenpalais ausgestellten Arbeit.

© Inga Selck

diesem Einigungsvertrag wird immer wieder herumgehackt, der ist so aufgeladen. Deswegen war für mich klar, dass ich dazu gerne etwas entwickeln will, das mit dem Raum arbeitet, mit dem, was da auch wirklich an historischem Gehalt drin liegt.

Denn mein Projekt arbeitet auch sehr stark mit Brüchen. Im Fall der Reichsbürgerszene ist es ja im Prinzip ein riesiger Bruch. So versuche ich auch mit dem Material umzugehen. In meiner Installation arbeite ich mit Möbeln und Objekten, die jeder auch theoretisch zuhause haben könnte oder kennt oder schon mal gesehen hat. Aus denen baue ich meine Installation. Für mich ist es total wichtig, dass man, auch wenn die Themen manchmal sehr weit von der eigenen Lebensrealität entfernt sind, trotzdem mindestens ein Objekt wiederentdeckt, das man kennt, und deswegen anfängt, sich auf einer anderen Ebene mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Objekte und Möbel stehen für mich für gesellschaftliche Strukturen, und mit denen gehe ich politischen Fragen nach. Fragen nach Radikalisierung, nach Gewalt, Hass, Abgrenzung, Identitätssuche. Zu sowas allem nutze ich diese Alltagsobjekte.

Wie setzen Sie das in Bezug auf das Milieu der »Reichsbürger« um?

Für die Installation »Das Reich« baue ich aus Schrankwänden ein Stonehenge auf, inspiriert von der Tatsache, dass Burghard B. [siehe »Burgos von Buchonia«, S. 26; A.d.H.] in Schwetzingen ein Stonehenge neben einem christlichen Friedhof errichten wollte. Er wollte dadurch in einen Austausch mit einer, seiner Auffassung nach, richtigen Religion treten und das Erbe der Kelten/Germanen zelebrieren. Diese Sache fand ich so irre, dass ich dachte: Ich will auch ein Stonehenge bauen, aber aus Möbeln, aus Schrankwänden, in diesem Saal. Das Ganze wird dann eine Mischung aus einem Wohnzimmer, einer Kommissarischen Reichsregierung [siehe »Die Kommissarische Reichsregierung«, S. 12; A.d.H.] und einer völkischen Kultstätte. Aber genauso wie bei Stonehenge wird man da hereinkommen und sich fragen: Was soll das und wer hat das hier hingestellt?

Und was wollen Sie damit darstellen?

Im Prinzip geht es um diesen Tag X, auf den die Reichsbürger ja sozusagen hinarbeiten bzw. den sie bereits am Horizont sehen [siehe »Burgos von Buchonia«, S. 26; A.d.H.]. Der Tag X, an dem sie dann an der Macht sind, an dem das »Deutsche Reich« wieder an der Macht ist und die Bundesrepublik als GmbH abgeschafft. Im Prinzip befindet sich die Arbeit an diesem Tag X, also in einer dystopischen Zukunft. Was ist, wenn die Anhänger der Reichsbürgerideologie keine abseitigen Spinner sind, wie das oft wahrgenommen wird, sondern wenn die tatsächlich die Macht wieder übernehmen? Als ich mit der Arbeit angefangen habe vor einem Jahr, war es noch so ein völlig irres Konzept, völlig jenseits jeder Plausibilität. Während jetzt nach der Wahl [2017] auch Politiker mit völkischem Weltbild in den Bundestag einziehen, erscheint mir das Ganze ebenfalls gar nicht mehr so abwegig. Das macht die Arbeit jetzt einerseits härter und schlimmer, aber es ist, glaube ich, auch eine gute Anregung zum jetzigen Zeitpunkt, um darüber zu reflektieren, wie geht's weiter mit Deutschland?

Wie beziehen Sie die Besucher*innen in Ihre Installation ein?

Es gibt eine Videoarbeit, die sich die Besucher in der Installation anschauen können mit Kopfhörern. Ich will auch, dass man dort eine persönliche Erfahrung hat, allein vor so einem Fernseher. In der Arbeit habe ich mit dem Material gearbeitet, das ich gesammelt hatte, das online verfügbar ist, das auf YouTube-Channels ist. Ich habe auch selbst Material gedreht und daraus versucht eine Art emotionale Radikalisierung, aber auch Verwirrung zu fassen. Was ich bei der Arbeit immer wieder gemerkt habe ist: Das kann ich nicht fassen. Das ist zwar eine Verschwörungswahnvorstellung, die aber total brutal und faktisch umgesetzt wird, auch mit Waffen. Doch zum Kern dieser Überzeugung zu kommen, ist wirklich schwierig. Man soll nicht aus der Ausstellung gehen und denken: Ah, jetzt hab ich's verstanden. Sondern merken, wie komplex die Welt ist, in der wir gerade leben.

Würden Sie sagen, dass das ein zentrales Thema bei Reichsbürgern ist – Komplexität?

Ja. Im Prinzip ist es ein Versuch, die Dinge einfacher zu machen oder einfacher zu sehen. Also die Brüche, die einerseits zum persönlichen Leben dazugehören, aber auch die Brüche, die gesellschaftlich passieren, daraus irgendwie einen Sinn zu machen und zu sagen: OK, ich brauche jetzt ein Narrativ [eine Erzählung/logische Geschichte; A.d.H.], das für mich funktioniert, damit die Welt für mich wieder Sinn macht.

Das ist schon schwer nachzuvollziehen. Denn es klingt weder plausibel noch ansprechend. Das war eine Herausforderung, da irgendwie hinter zu kommen.

Aber über die Komplexität konnte ich mich dem Thema nähern. Gerade wenn man sich die deutsche Geschichte anschaut, insbesondere die Geschichte der DDR. Wie nach dem Ende der DDR auf die DDR zurückgeblickt wurde, als *Failed State*, als ein Staat, der zum Scheitern verurteilt war. Dann wird der Osten Teil der Bundesrepublik, und damit hat sich das erfüllt. Im Prinzip dieses abschätzige Reden über einen *Failed State*, das ist etwas, was ich bei Reichsbürgern auch beobachte – dass die über die Bundesrepublik so sprechen und sagen: Jetzt haben wir wieder so ein marodes System, das falsch ist. Das müssen wir jetzt nur überwinden, wie wir das schon '89 gemacht haben, und dann ist alles gut. Dann ist Deutschland wieder ganz groß. Im Prinzip geht es auch um unseren Umgang mit Geschichte, vor allem um Geschichte, die aus einer Siegerperspektive erzählt wird.

Das sind alles Kapitel, die ich damit öffnen will. Im Prinzip ist der Film und sind die ganzen Objekte Hinweise, die auf die Brüche der deutschen Geschichte verweisen. Ich habe zum Beispiel auch Mauerstücke oder Stücke vom Berliner Stadtschloss, das jetzt wieder aufgebaut wird, die ich wie Heilsteine, also esoterisch präsentiere. So, als könnte man aus der deutschen Geschichte eine Heilkraft beziehen. Denn das ist auch etwas, was ich beobachtet habe: dass man die Welt einfach machen will, indem man an einen Punkt zurück geht, an dem die Dinge in der Vorstellung einfacher oder klarer waren oder an dem es dem eigenen »Volk« scheinbar besser ging.

In unserem Heft geht es darum zu zeigen, aus welchen unterschiedlichen Milieus, die teilweise auch widersprüchlich sind und miteinander schwer vereinbar scheinen, sich die Szene der Reichsbürger speist. Also einerseits beispielsweise das Rezitieren von Paragraphen, andererseits das Aufbauen okkulturer Stätten. Oder alternative kommunenartige Lebensweisen in Kombination mit rechtsextremen Ideologien. Die Einteilung in links, rechts und Mitte scheint für diese Leute keine Rolle mehr zu spielen. Wie greifen Sie diese Vielschichtigkeit auf?

Im Prinzip geht es um das, was man nicht begreifen kann, was man nicht erklären kann und was man auch nur ganz schwer beschreiben kann. Dieses Unbegreifliche soll über ästhetische Brüche gefasst werden. Dann stehen auf einem Tisch das Vikinger-Trinkhorn, die Ikea-Vase und der Zinnteller 1990 Deutsche Einheit. Eigentlich sind die Objekte die Träger dessen, was meine Beobachtungen, meine Recherchen ergeben haben. Meine Eindrücke des gemischten reichsideologischen Milieus transportierte ich auf dieser visuellen, haptischen, sehr emotionalen Ebene.

Erfahrungen und Handlungsoptionen

Kommunen und Verwaltung

»Vielschreiber« und andere Querulant*innen machen Verwaltungsangestellten das Leben schwer. Doch es bleibt nicht immer bei diesen kräftezehrenden, aber harmlosen Eingriffen in den Behördenalltag. Einige »Reichsbürger« gehen auch weiter, bedrohen Angestellte persönlich oder werden gar handgreiflich (siehe S. 25).

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben Verfassungsschutzbehörden und Innenministerien einiger Bundesländer Handreichungen für den Umgang mit »Reichsbürgern« aus Perspektive der Kommunen und Verwaltungen erarbeitet.

Brandenburg ist ein Vorreiter auf dem Gebiet der Prävention gegen »Reichsbürger«, da es als eines der ersten Bundesländer Maßnahmen zum Umgang mit Menschen aus dem Milieu erarbeitet hat. Die folgenden Handlungsempfehlungen stammen vom Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg und werden durch Beobachtungen der Amadeu-Antonio-Stiftung ergänzt.

Was können Sie im Vorfeld tun?

- Gehen Sie, wenn möglich, nicht unvorbereitet in die Diskussion.
- Wählen Sie, wenn möglich, einen neutralen Ort für den Termin oder entfernen Sie vorher Gegenstände (z.B. Fotos), die Hinweise auf Ihr Privatleben geben, um die Gefahr des Stalking zu verringern.
- Machen Sie Termine nur mit Einzelpersonen, nie mit Gruppen.
- Gehen Sie nach Möglichkeit nicht allein in das Gespräch, sondern suchen Sie sich im Vorfeld Unterstützung. Es genügt eine Kollegin oder ein Kollege, die bzw. der im selben Büro sitzt.
- Dokumentieren Sie Gespräche und Aufeinandertreffen möglichst zeitnah.
- Bestehen Sie darauf, dass Eingaben schriftlich erfolgen.
- Wenn Hunde mitgeführt werden, veranlassen Sie entweder, dass diese draußen warten müssen, oder bestehen Sie darauf, dass dem Tier ein Maulkorb angelegt wird.

Im Gespräch – auf einen Blick²³:

- Redeschwall unterbrechen
- auf das Sachthema zurückkommen
- Erklärung, dass der Gesprächspartner sich äußern konnte, dieser zur Sache nichts vorgetragen hat und dass Bescheid erfolgt
- Gesprächsbeendigung durch »Konsens im Dissens«, wenn nachfolgend nichts mehr zur Sache vorgebracht wird

Nach Möglichkeit – keine Diskussion!

Personen aus dem reichsideologischen Milieu sind häufig sehr gut darin, ihr Gegenüber in verwirrende, endlose Monologe zu verwickeln. Selten sind diese Zusammentreffen auf einen Austausch angelegt, sondern sie dienen meist der Aufwertung des »Reichsbürgers«, Selbstverwalters oder Souveränisten, durch gleichzeitiges »Totreden« des Ansprechpartners.

Ohnehin bieten die kruden Theorien, mit denen Sie in so einem Fall konfrontiert werden, keine Möglichkeit für Kritik oder Widerspruch.

Mach Sie also so weit wie möglich »Dienst nach Vorschrift«. Bestehen Sie auf ein Einhalten der zweckgerichteten Sachlichkeit und unterbrechen Sie das Gespräch, wenn sich Ihr Gegenüber nicht daran hält.

Geben Sie keine Auskünfte über Akteninhalte.

23 nach Jan Gerrit Keil, Christa Caspar und Reinhard Neubauer

Bei Vorträgen oder öffentlichen Veranstaltungen können sie auf den undemokratischen, verfassungsfeindlichen und rechtsextremen Hintergrund der Reichsideologie verweisen. Personen, die diese Ideologie vertreten, können dementsprechend von Veranstaltungen ausgeschlossen werden, die demokratische Werte vertreten.

Brechen Sie den Kontakt sofort ab, sobald es zu Beleidigungen kommt.

Gehen Sie besonnen vor, um nicht auf Tricks hereinzufallen.

Dazu gehört beispielsweise, keine Fantasiedokumente zu beglaubigen oder Briefe an Fantasieadressen oder erfundene Ämter zuzustellen. All das wird als Erfolg gewertet und führt mit großer Sicherheit zu weiteren Anschreiben und Belästigungen.

Halten Sie sich an die formalen Richtlinien.

Dazu gehört, den Schriftverkehr auf das mögliche Mindestmaß zu begrenzen. Gehen Sie nur auf die Punkte ein, auf die Sie einzugehen verpflichtet sind. Wenn Sie aufgefordert werden, Ihre Vorgesetzten einzubeziehen oder den Fall an diese weiterzugeben, lehnen Sie dies ab. »Reichsbürger« werten sich und ihre Anliegen auf, indem sie möglichst nur mit aus ihrer Sicht Verantwortungsträger*innen kommunizieren möchten. Jedes Nachgeben in diese Richtung bestärkt sie in ihrem Größenwahn und gießt gewissermaßen Öl ins Feuer.

Handeln Sie bei Verstößen schnell und konsequent.

Wenden Sie Bußgelder oder Ähnliches an und bringen Sie schwerer wiegende Vergehen zur Anzeige. Unsicherheiten, Inkonsequenz und Verzögerungen bestärken die Akteur*innen und werden von ihnen als Erfolg gewertet.

Greifen Sie auf Unterstützung durch Dritte zurück.

Entscheiden Sie selbst, wie gut Sie aufgestellt sind. Wenn Sie sich überfordert fühlen, suchen Sie sich Hilfe. Ihr*e Arbeitgeber*in ist verpflichtet, Sie zu unterstützen und Ihre Sicherheit zu gewährleisten. Sollten Sie darüber hinaus Hilfe benötigen, wenden Sie sich an eine Beratungsstelle in Ihrer Nähe oder greifen Sie auf anderweitige Angebote zurück (siehe Weiterführende Links und Literatur, S. 50).

Anzeige durch die Behörde erstatten.

Sollte Ihre körperliche Unversehrtheit bedroht werden, erstatten Sie über die Behörde, für die Sie tätig sind, Anzeige gegen den bzw. die Reichsideolog*in.

Informieren und Engagieren

Informieren Sie sich und ihre Kolleg*innen zunächst selbst. Wenn Sie besser verstehen, womit Sie es zu tun haben, nimmt Ihnen das die Unsicherheit im Umgang mit Reichsideolog*innen. Zudem kann es hilfreich sein, beispielsweise innerhalb einer Gemeinde über etwaige reichsideologische Aktivitäten aufzuklären und so auch präventiv zu wirken.

Wenn Sie einen »Fall« an eine andere Behörde übergeben, klären Sie diese bei der Übergabe über reichsideologische Aktivitäten auf.

Zivilgesellschaft

Eine starke Zivilgesellschaft ist die Grundlage jeder funktionierenden Demokratie und der beste Schutz gegen antidemokratische, menschenfeindliche Umtriebe. Im Folgenden werden häufig vorkommende persönliche Fragen, Unsicherheiten und Bedürfnisse behandelt. Wenn sich herausstellt, dass ein guter Freund oder eine Familienangehörige plötzlich von der »BRD GmbH« (siehe Fakten-Check, S. 33) spricht oder die Nachbarin die Flagge des Königreichs Preußen auf ihrem Balkon hisst, wird das abstrakte Thema »Reichsbürger« zu einem persönlichen Problem.

Gerade diese Konflikte, die sich im Privatleben entfalten, belasten und überfordern häufig sehr stark. Daraus ergibt sich nicht selten ein Teufelskreis: Wer überfordert ist, verharret und reagiert nicht. Dadurch spitzt sich die Situation weiter zu, und die Überforderung wächst.

Der erste Schritt, um dieser negativen Dynamik zu entgehen, ist daher, möglichst ruhig die Lage abzuschätzen und sich an einigen Fragen und Verhaltensregeln zu orientieren, die nachfolgend vorgestellt werden.

Selbsteinschätzung

Bevor Sie sich in eine Gesprächssituation mit einer Person aus dem reichsideologischen Milieu begeben, sollten Sie eine Einschätzung dessen vornehmen, was Sie selbst in dieses Gespräch mitbringen bzw. was Sie sich davon erwarten. Die Selbsteinschätzung hängt von unterschiedlichen Faktoren ab:

- Fühle ich mich einer Auseinandersetzung gewachsen?
- Wie sicher bzw. unsicher fühle ich mich im Umgang mit entsprechender Person? Fühle ich mich gefährdet oder bedroht?
- Brauche ich Unterstützung?
- Fehlt mir Wissen bzw. Informationen? Wie kann ich mir diese beschaffen?
- Was möchte ich erreichen?

Wenn Sie sich zunächst diese Fragen stellen, folgen daraus Ihre nächsten Schritte. Im Zweifel gilt immer:

Suchen Sie sich Hilfe.

Diese Hilfe kann unterschiedlicher Art sein. Finden Sie heraus, ob es im Umfeld der Person, um die es geht, weitere Menschen gibt, mit denen Sie sich austauschen könnten. Gemeinsam können Sie sich unterstützen und gegebenenfalls die Belastung auf mehrere Schultern verteilen. Ob nun im Sportverein, der Nachbarschaft oder innerhalb der eigenen Familie – gemeinsam können Sie Ihre Position stark machen.

Zudem gibt es Institutionen, wie z.B. Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, die Ihnen Informationen zur Verfügung stellen, sie über Ihre Möglichkeiten aufklären und in Konflikten und ähnlichem begleiten können. Die Amadeu Antonio Stiftung vermittelt Sie gern an die entsprechenden Stellen. Auch wenn es zu rechtlichen Auseinandersetzungen kommt, können Ihnen die Mitarbeiter*innen solcher Beratungsstellen zur Seite stehen.

Informieren Sie sich und andere.

Unsicherheiten über die Funktionsweise des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland machen es schwierig, in Streitgesprächen mit Reichsideolog*innen Position zu beziehen. Zögern Sie nicht, auf das Informationsangebot verschiedener politischer Bildungseinrichtungen und Informationsstellen zurückzugreifen. Zu vielen Themen gibt es Broschüren und Expert*innen, die Ihre Fragen beantworten können.

Sich zu informieren stärkt die eigene Position und hilft dabei, Situationen und Personen besser einzuschätzen. Zudem kann Ihnen das Informieren Dritter dabei helfen, Verbündete zu gewinnen und präventiv wirken.

Sollte Ihnen Propagandamaterial oder Ähnliches zugetragen worden sein, geben Sie dies weiter an Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz.

Sie tragen so dazu bei, zivilgesellschaftliche Strategien gegen reichsideologische Aktivitäten zu entwickeln.

Begeben Sie sich nicht in das Artikel- und Paragraphendickicht.

Gerade bei Reichsideolog*innen ist eine Auseinandersetzung mit ihren vermeintlich juristisch untermauerten »Argumenten« schwierig. Sie treten als Fachleute auf, zitieren Gesetzestexte und internationale Verträge. Durch die ungeheure Fülle an juristischen Dokumenten, aus denen sich die »Argumentation« zusammensetzt, kann es selbst Fachleuten schwer fallen, Behauptungen sofort als falsch nachzuweisen. Lassen Sie sich gar nicht erst auf eine solche Auseinandersetzung ein. Auch widerlegte Argumente fördern nur wieder neue juristische Schnipsel zu Tage.

Zeigen Sie nach Möglichkeit die rechtsextremen Elemente innerhalb der reichsideologischen Argumentation auf:

Gebietsrevisionismus

Die Grenzen des Deutschen Reichs wiederherstellen zu wollen, ist ein Teil des rechtsextremen deutschen Geschichtsrevisionismus. Als Konsequenz aus der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands wurden diese Gebiete rechtmäßig anderen Staaten zugesprochen, was auch in völkerrechtlichen Verträgen von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt wurde.

Antisemitismus

Wer genau für die »BRD-GmbH«, eine Unterjochung des »deutschen Volkes« oder die große Verschwörung verantwortlich ist, ist immer eine Nachfrage wert. Das »US-Ostküsten-« oder gleich das ganze »Finanzkapital«, Menschen mit einer »gewissen Religion«, »die Rothschilds« oder geheime Gruppen und Zirkel: all diese Umschreibungen greifen auf antisemitische Stereotype zurück. Dies bedeutet, dass all diese Gruppen die gleichen Eigenschaften besitzen sollen, die im Antisemitismus Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden.

Rassismus

Reichsideolog*innen haben oftmals eine sehr klare Vorstellung davon, wer deutsch ist und wer nicht. Die Zugehörigkeit zum »Deutschen Reich« wird von ihnen an deutscher Abstammung fest gemacht. Diese Abstammungsidee basiert auf der Vorstellung, dass deutsches Blut von Generation zu Generation vererbt wird. Solche Vorstellungen verweisen auf völkischen Rassismus.

Völkischer Nationalismus

Die Nation ist eine historische Konstruktion des späten 18. Jahrhunderts. In Deutschland war dieser Prozess eng verbunden mit einer Feindbildkonstruktion, die der Gleichheit der Menschen entgegensteht. Die Vorstellung der Existenz eines Deutschen Reiches verbindet sich bei den Reichsideolog*innen mit dieser Form des Nationalismus. Das »Reich« verbindet für sie das »Volk« mit seiner Heimat. Diese Vorstellung basiert auf einer völkischen Ideologie von »Blut und Boden«.

Versuchen Sie, persönliche Risiken so klein wie möglich zu halten.

Menschen, die ihr geschlossenes Weltbild mit allen Mitteln verteidigen wollen, schrecken unter Umständen auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurück.

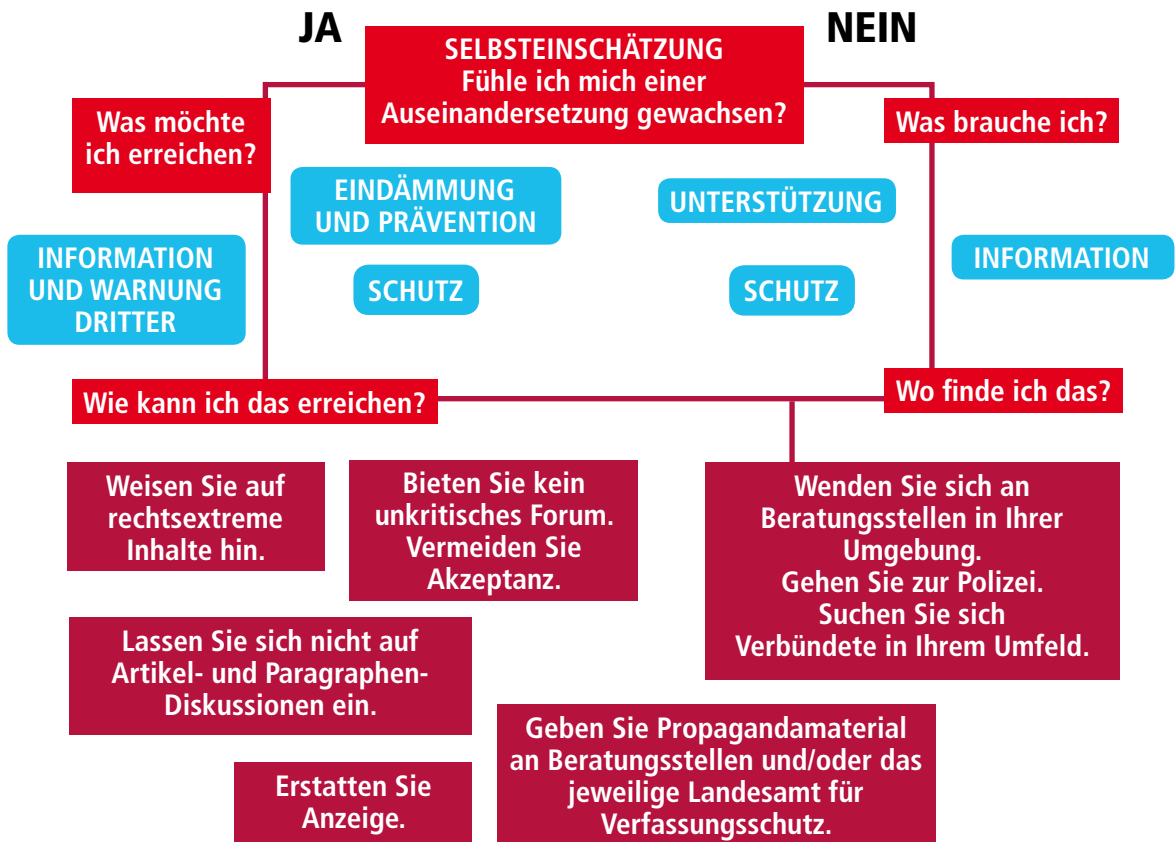
Sollte es bereits zu Bedrohungen oder Ähnlichem gekommen sein, **erstatten Sie Anzeige.**

Vermeiden Sie Ignoranz oder Akzeptanz – bieten Sie kein unkritisches Forum.

Ignoranz wird meist als Akzeptanz gewertet und trägt letztendlich zur Eskalation der Lage bei. Das heißt, die entsprechende Person kann ihre Thesen kundtun, andere finden das unter Umständen spannend, und so vergrößert sich der Kreis an Personen, die reichsideologisch »argumentieren«.

Auch in der Familie, im Freundeskreis, in der Hausgemeinschaft oder im Freizeitverein haben sie die Möglichkeit, sich darüber auszutauschen, was Ihnen gemeinsam wichtig bzw. was für Sie inakzeptabel ist. Im Verein und in der Hausgemeinschaft ist es sogar möglich, dies als Leitbild oder Richtlinie festzuhalten und sich dann darauf zu berufen.

Wenn Sie medial über Reichsideolog*innen berichten, üben Sie Kritik an rechtsextremen, menschenfeindlichen und verschwörungsideologischen Inhalten.



Flowchart Handlungsoptionen

Da der persönliche Kontakt zu Personen aus dem Milieu ein sensibles Thema darstellt, wurden die folgenden Fallbeispiele anonymisiert. Anhand der unterschiedlichen privaten Räume, in denen sie sich abspielen, soll nachvollzogen werden, zu welchen Konflikten es kommen und wie diese gehandhabt werden können.

Fallbeispiel: Familie

Der folgende Bericht stammt von einem Informanten, dessen Stiefvater sich als Reichsbürger entpuppte. Zum Schutz des Autoren und seiner Mutter ist die Erzählung anonymisiert worden.

Als ich 15 Jahre alt war, war meine Mutter mit einem Mann zusammen, der in diesem Milieu zuhause war. Das war 2003, und zu dieser Zeit wurde über Reichsbürger noch nicht in den Medien berichtet. Meine Mutter, ich, aber auch die Nachbarn oder Freunde und Verwandten waren völlig ahnungslos. Wenn es in seinen Erzählungen um das Deutsche Reich ging, die Bundesrepublik als Firma oder Flugscheiben, haben wir zwar bemerkt, dass seine Argumente extrem waren, haben es aber toleriert. Dass er auch zu extremen Handlungen bereit war, haben wir erst später erfahren.

Ich hatte zu dieser Zeit überhaupt keine Begrifflichkeiten für diese Art von Gruppierung, und mein politisches Interesse war so gut wie nicht vorhanden. Wirklich einordnen konnte ich es erst später.

Er bezeichnete sich selber als Propagandaminister des Deutschen Reiches. Später erfuhr ich, dass er mit Horst Mahler, Ursula Haverbeck und anderen Figuren der rechtsextremen Szene bekannt war.

Er hat offen damit geprahlt, sich mit der Justiz angelegt zu haben bei kleineren Delikten, die ihm zur Last gelegt wurden. Parkverbote könne er ignorieren, Strafzahlungen müsse er nicht nachkommen, denn schließlich seien die Bundesrepublik und die Straßenverkehrsordnung nicht existent. Sein Argument (die Bundesrepublik würde nicht existieren) war wie ein Joker im Ärmel, den er immer wieder hervorziehen konnte, um sich von äußeren Zwängen zu befreien. Jedenfalls dachte er das. Ich weiß, dass er viel Zeit damit verbracht hat, den Behörden unserer Stadt denselben Mist in sehr langen Briefen ausführlich zu erklären. Ich kannte ihn damals ein Jahr, und ich erinnere mich an keine Begebenheit, in der ihm diese Idiotie zum Verhängnis wurde. Mittlerweile weiß ich, dass deutschlandweit nach ihm gefahndet wird und er sich nach Südafrika abgesetzt hat.

Der Kontakt zu meinen Stiefvater war nicht von Anfang an unangenehm für mich. Zuerst fand ich ihn interessant, denn er war schlau und trat wie ein Intellektueller auf. Ich habe eine Vaterfigur gesucht, aber er entpuppte sich kurze Zeit später als Psychopath.

Als meine Mutter ihn aus dem Haus geworfen hat, verstand ich ihre Gründe. Als die Polizei morgens um halb sieben bei uns klingelte, um eine Hausdurchsuchung durchzuführen, weil er meine Mutter wegen Computersabotage angezeigt hatte, erst recht (mein PC und alles, was nach Datenträger aussah, wurde mitgenommen). Der Vorwurf war natürlich frei erfunden, und vor Gericht ist er später nie erschienen. Die Energie, die er aufwendete, um meine Mutter bei der Familie und auf Arbeit zu diskreditieren, war enorm (den Rauswurf hat er schwer verkraftet). Ich erinnere mich daran, dass wir damals auch beim Jugendamt vorstellig werden mussten, weil er denen erzählt hat, meine Mutter würde mich vernachlässigen. Postkarten mit obszönen Bildern, Stöhngeräusche auf dem Anrufbeantworter oder Morddrohungen gab es auch. Irgendwann, so war eine seiner Drohungen, wenn der Krieg ausgebrochen sei und Deutschland im Chaos läge, würde er uns holen kommen und dann kämen wir alle in ein Arbeitslager nach Sibirien.

Die Diskussion, die wir mittlerweile über dieses Milieu in der Öffentlichkeit haben, hätte meiner Mutter und mir damals geholfen, die Situation besser einzuschätzen. So waren wir auf uns und die Hilfe unserer Freunde angewiesen. Dass uns die Polizei vor dem Drama der Hausdurchsuchung und des Gerichtsprozesses nicht bewahren konnte, empfanden wir als bemerkenswert im negativen Sinne.

Fallbeispiel: Nachbarschaft

Das Ehepaar X wohnt in einem Dreiparteien-Haus in einer deutschen Großstadt. Beide sind in den 1960er Jahren nach Deutschland migriert, haben die deutsche Staatsbürgerschaft und leben mittlerweile im Ruhestand. In ihrer Hausgemeinschaft hatten sie bis 2016 nie Konflikte.

Der Nachbar Y, der zwischen Ehepaar X und einer Mutter mit Kindern lebt, ist dort 2015 eingezogen und hat sich seitdem zunehmend zu einem Problem für die Mietgemeinschaft entwickelt.

Zunächst machte er dadurch auf sich aufmerksam, dass er nachts sehr laut rechtsextreme Musik hörte, sich gemeinsam mit Freunden in seiner Wohnung betrank und bisweilen rechtsextreme Parolen brüllte. Sowohl das Ehepaar X als auch die Nachbarsfamilie haben Angst vor dem sehr aggressiven, dauerhaft alkoholisierten Nachbarn Y, können kaum mehr schlafen aufgrund der enormen nächtlichen Belästigungen. Daher schreiben sie einen Brief an die Hausverwaltung und beschweren sich über ihren Nachbarn. Es erfolgt darauf keine Reaktion. Stattdessen eskaliert die Situation im Haus zunehmend.

Im Frühjahr 2016 schmiert Nachbar Y rassistische Parolen und Hakenkreuze an die Tür des Ehepaares X. Diese bringen das zunächst weder mit sich noch mit dem Nachbarn in Verbindung.

Sie fühlen sich als deutsche Staatsbürger*innen, schämen sich für die rassistischen Zuschreibungen, hinter denen sie gelangweilte Jugendliche vermuten und entfernen die Schmierereien so schnell wie möglich – allerdings nachdem sie Fotos davon gemacht haben.

Im Frühjahr 2017 erreicht der Konflikt seinen Höhepunkt, als der Nachbar das Ehepaar X tätlich angreift und ihnen in besonders bildlicher Sprache droht, sie umzubringen. Im Zuge dessen wirft er den Rollator des schwerkranken Mannes die Treppe herunter. Daraufhin erstattet das Ehepaar Anzeige. Die eintreffende Polizei hätte schon jetzt darauf aufmerksam werden müssen, dass der Nachbar Y an seiner Tür ein Schild angebracht hat, auf dem steht:

»Nach dieser Tür fängt das Deutsche Reich an. Nach dieser Tür ist Freies Deutschland! Wer eintritt, muss mit Konsequenzen rechnen.«

Stattdessen nehmen die eintreffenden Beamten jedoch kaum Beweise auf, behandeln die Situation als Nachbarschaftsstreit, bei dem Aussage gegen Aussage steht.

Insgesamt erstattet das Ehepaar X im Jahr 2017 dreimal Anzeige gegen ihren Nachbarn, die von ihnen vorgelegten Beweise gehen auf dem Amtsweg überwiegend verloren, ein politisch motivierter Tathintergrund wird von der Polizei ausgeschlossen, und die Situation für die Betroffenen verschlimmert sich zusehends.

Erst durch eine Bekannte erfährt das Ehepaar von einem Verein, der Betroffene rechter Gewalt und Diskriminierung unterstützt. Im Erstkontakt zwischen Polizei und dieser Beratungsstelle stellen sich gravierende Mängel im Umgang mit vorliegendem Fall heraus. Zunächst sind viele Beweise von den Polizeibeamt*innen vor Ort gar nicht aufgenommen worden. Einige Fotos, die wiederum von dem betroffenen Ehepaar zur Verfügung gestellt wurden, liegen später nicht mehr vor. Dadurch, dass der Konflikt als Nachbarschaftsstreit eingeordnet wurde, wäre die Klage vor Gericht mit großer Sicherheit fallengelassen worden. Der zuständige Polizeibeamte rät dem Ehepaar zu allem Überfluss, besser aus dem Haus auszuziehen, da dies einfacher sei, als den Aggressor des Hauses zu verweisen.

Die Beratungsstelle setzt sich daraufhin mit der Hausverwaltung in Verbindung, sucht Unterstützung bei der Fachstelle für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, erstattet erneut eine detaillierte Anzeige und schaltet die Presse ein.

So erwirken sie, dass der Fall neu untersucht und schließlich als politisch motivierte Straftat behandelt wird. Im Zuge dessen stellt sich heraus, dass Nachbar Y bereits auf einer Liste mit potentiellen bzw. zu überprüfenden »Reichsbürgern« zu finden ist.

Es erfolgt eine Gefährderansprache durch die für »Reichsbürger« zuständige Polizeistelle. Zudem droht dem Nachbarn nun, nach mehrwöchigen Telefonaten, die Kündigung durch seine Hausverwaltung. Seitdem verhält der Nachbar sich ruhig, die anderen Mietparteien hören seine rechts-extreme Musik nicht mehr, er hat verbale wie physische Bedrohungen dem Ehepaar X gegenüber eingestellt. Seine politischen Aktivitäten verfolgt er allerdings weiterhin. Von Mitarbeitenden der Beratungsstelle wird er unter anderem bei einer Wahlveranstaltung gesehen. Dort meldet er sich zu Wort und beschwert sich, dass der Staat hinter ihm her sei, ihm an den Kragen wolle und ihn aus seinem Haus werfe.

Handlungsoptionen

Schnell reagieren, bevor die Situation sich weiter zuspitzt oder eskaliert.

Im Fall des Ehepaars X hat der Nachbar sich zunächst relativ ungestört in seiner Ideologie ausleben und seine Aggressivität entfalten können. Die beiden älteren Herrschaften haben aus Angst und Scham nachvollziehbarerweise lange versucht, die Situation zu ignorieren. So ergeht es Betroffenen häufig, und ihre Lage verschlimmert sich dadurch in der Regel zusehends.

Sich als Mietgemeinschaft organisieren und miteinander solidarisieren.

Gemeinsam entstehen Handlungsspielräume, die einer Person bzw. Mietpartei allein nur schwer zugänglich wären. Die Familie, die sich von Nachbar Y ebenfalls gestört fühlte, wollte aus Angst

nirgends in Erscheinung treten – auch nicht als Anzeige-Erstattende bei der Polizei. Einen Beschwerdebrief waren sie jedoch bereit zu unterschreiben. Generell wären beide Mietparteien stärker aufgestellt gewesen, wenn sie sich offen miteinander solidarisiert und gemeinsam Anzeige gegen den Nachbarn erstattet hätten.

Sich an die Hausverwaltung wenden, ggf. Druck ausüben.

Die Hausverwaltung steht in der Pflicht, auf Unmut und Konflikte im Haus, wenn sie eine gewisse Größenordnung erreicht haben, zu reagieren. Dazu ist es wiederum von Vorteil, sich bereits als Mietgemeinschaft zusammengeschlossen und etwaige Vorfälle protokolliert bzw. Beweise gesammelt zu haben. Häufig reicht ein einmaliger Brief oder Anruf nicht, an dieser Stelle ist ein langer Atem gefragt. Über die Hausverwaltung können Regeln aufgestellt werden, die einen vorjuristischen Bereich regeln, d.h. Dinge können beanstandet werden, die noch nicht Sache einer polizeilichen Ermittlung wären, die Hausgemeinschaft jedoch stören.

Sich an Beratungsstellen wenden.

Beratungsstellen haben Erfahrung im Umgang mit »Reichsbürgern«, wissen Codes und Zeichen zu deuten und können für den konkreten Fall adäquate Handlungsoptionen mit den Betroffenen entwickeln. Das Ehepaar X konnte mit Hilfe der Beratungsstelle nochmals Anzeige erstatten und ihre Beweise vorlegen. Die Strafverfolgung wurde durch die Einstufung als politisch motivierte Straftat erst richtig aufgenommen und der exekutive Druck auf den Nachbarn erhöht. Zudem bieten Beratungsstellen emotionale Unterstützung und Stabilisierung für Betroffene, mit denen sie parteilich handeln und die sie individuell stärken.

Anzeige erstatten.

Wenn möglich, sollten Bedrohungen, Angriffe und Ähnliches zur Anzeige gebracht werden. Dabei ist es sinnvoll, selbst Beweise zu sammeln, Gedächtnisprotokolle anzufertigen und bestenfalls Zeugen anführen zu können. Der vorliegende Fall zeigt, dass ausführliche Mitarbeit im Zweifel über den Ausgang solch eines Verfahrens entscheiden kann. Hätte die Beratungsstelle nicht nachgehakt und Beweise und Protokolle nochmals vorgelegt, wäre der Sachverhalt als Nachbarschaftsstreit zu den Akten gelegt worden. Wichtig: Alle Beweise, Protokolle, Aussagen etc. müssen vorliegen und aufgenommen werden, bevor der Fall gerichtlich verhandelt wird. Eine rückwirkende Änderung der verhandelten Sachlage bzw. Ergänzung der Beweise ist nur bei schwerwiegenden Ermittlungsspannen oder Ähnlichem möglich.

Öffentlichkeit schaffen.

Diese Option kommt nur bedingt infrage und kostet in der Regel die Betroffenen große Überwindung. Auch im vorliegenden Fall äußerte das Ehepaar Sorge, in dem Artikel erkannt zu werden und dadurch den Konflikt weiter zu eskalieren. Der zuständige Journalist trug den Sorgen der Betroffenen insofern Rechnung, als dass er ihre Geschichte soweit wie möglich anonymisierte.

Fallbeispiel: Verein

Frau X ist aktiv in einem Verein, der sich mit Anti-Atomprotesten und ökologischer Landwirtschaft beschäftigt. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus Personen, die als Ortsansässige oder Landwirt*innen mit den Themenfeldern zu tun haben oder sich aus politischen, sozialen oder ethischen Gründen für ökologische Energie und Landwirtschaft einsetzen.

Über lange Zeit, so berichtet Frau X, haben sich inhaltliche Debatten auf besagte Themenfelder beschränkt. Seit einer Weile sei es jedoch so, dass insbesondere ein Vereinsmitglied durch Äußerungen aufgefallen sei, die aus dem reichsideologischen Milieu stammen. So zweifelt Vereinsmitglied Y die Souveränität der Bundesrepublik an, hält sie stattdessen für ein besetztes Land unter Fremdherrschaft. Die sogenannte »Flüchtlingskrise« diene lediglich dem »Großen Austausch« des

»deutschen Volkes«. Deshalb fordere er ein Aufwachen desselben, um sich gegen diese vermeintliche Verschwörung zur Wehr zu setzen. Denn das Deutsche Reich bestehe fort und sollte sich rechtlich von dem aufgedrängten Konstrukt der »BRD GmbH« befreien, so seine Auslegung der Realität.

Als problematisch formuliert Frau X nicht nur die Positionen des Vereinsmitglieds Y, sondern auch, dass andere Vereinsmitglieder zum Teil Interesse an seinen »Theorien« bekunden. Andere wiederum teilen zwar seine Meinung nicht, sehen jedoch auch keine Notwendigkeit, etwas gegen ihn und sein propagandistisches Verhalten zu unternehmen. Sie berufen sich darauf, dass die Meinung von Y nichts mit den Inhalten des Vereins zu tun habe.

Frau X sieht das anders. Sie möchte den demokratiefeindlichen, antisemitischen und menschenfeindlichen Ansichten von Herrn Y kein Forum bieten und ihm insbesondere nicht ermöglichen, andere von seinen Ideen zu überzeugen.

Da sie selbst eigentlich nichts über »Reichsbürger« weiß und die Situation für sie überfordernd ist, wendet sie sich an eine Beratungsstelle. Dort erhält sie Informationen zu Reichsbürgern und Unterstützung bei der vereinsinternen Auseinandersetzung.

Handlungsoptionen

Sich informieren.

Um zu erkennen, ob man es mit »Reichsbürgern«, Selbstverwalter*innen oder Souveränist*innen zu tun hat, muss man zunächst wissen, wodurch sich diese auszeichnen.

Ist man gut informiert, hat man die Möglichkeit, die sogenannten Bystander (interessierte Unbeteiligte) inhaltlich abzuholen und ihnen eine Argumentation gegen »Reichsbürger« näherzubringen.

Im vorliegenden Fallbeispiel kann Frau X für sich eine Position erarbeiten, die sie anschaulich argumentieren lässt, warum die Positionen des Herrn Y gefährlich sind und nicht ignoriert werden dürfen. So überzeugt sie möglicherweise neugierige Dritte und veranlasst ggf. diejenigen, die bisher das Problem ignorieren wollten, dazu, zu handeln und sich zu positionieren.

Sich Hilfe suchen.

Um sich zu informieren, um sich besser aufzustellen und um nicht allein vor diesem Problem zu stehen, hat Frau X genau das Richtige getan, indem sie sich an eine Beratungsstelle wandte. Dort wurde sie über »Reichsbürger« aufgeklärt und bei ihrem vereinsinternen Konflikt unterstützt. Viele Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus sind mittlerweile im Umgang mit »Reichsbürgern«, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen geschult, wissen, welche Vorgehensweise im Einzelfall passend ist, und sind unbedingt parteilich mit den Betroffenen.

Leitfaden für Vereine, der u.a. »Reichsbürger« ausschließt.

Ein Verein hat die Möglichkeit, sich auf einen bestimmten demokratischen Grundkonsens zu einigen und diesen als Statut bzw. Leitfaden festzuhalten. Dieser Leitfaden kann in einem Rahmen operieren, der bereits eine Grauzone abdeckt, die noch nicht strafrechtlich relevant wäre. Ein Verein kann in seinen Richtlinien festhalten, dass er jeglichen Bezug zu nationalistischen Symbolen oder Organisationen ablehnt. Dort kann ebenfalls vermerkt werden, dass antidemokratische, rassistische oder antisemitische Äußerungen zu einem sofortigen Ausschluss führen können. Nötig ist – wie auch im vorliegenden Fall – eine gemeinsame Auseinandersetzung darüber, welche Grundannahmen man teilt, auf welche Grundsätze man Wert legt und welches Verhalten bzw. welche Meinungen intolerabel sind.

Weiterführende Links und Literatur

Bundesweite Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus

Reichsideolog*innen muss man nicht allein gegenüberreten. Unterstützung bieten Beratungsstellen, die sich auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen spezialisiert haben. Auch in der Auseinandersetzung mit reichsideologischen Aktivitäten empfiehlt es sich, von der professionellen Beratung dieser Stellen Gebrauch zu machen. Eine Liste mit Beratungsstellen in ganz Deutschland finden Sie auf den Seiten von Belltower.News unter:

<http://bit.ly/NtoH5r>



Dossier Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)

Unter der Rubrik Rechtsextremismus liefert die BpB nicht nur umfangreiche Informationen zu rechtsextremer Ideologie und Praxis, sondern verlinkt auch bundesweite Initiativen gegen Rechtsextremismus. So haben Interessierte und Betroffene die Möglichkeit, sich an lokale Projekte zu wenden, um Informationen und Unterstützung zu erhalten.

www.bpb.de/system/files/pdf_pdflib/pdflib-41190.pdf



Zentrale Informationsstelle beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Im September 2017 wurde insbesondere für Behörden und Verwaltungen beim Thüringer Landesverwaltungsamt eine Zentrale Informationsstelle eingerichtet. Sie berät Mitarbeiter*innen der Landes- und Kommunalverwaltungen in Thüringen im Umgang mit Reichsideolog*innen und ermöglicht den Zugang zu gebündelten Informationen.

<http://bit.ly/2DM6Vc3>

KRR-FAQ

Die KRR-FAQ ist eine der ersten Seiten, die sich mit Reichsideologie auseinandergesetzt haben. Das Kürzel KRR-FAQ steht für »Kommissarische Reichsregierung - Frequently asked questions«. Die Seite behandelte ursprünglich häufig gestellte Fragen zur ersten bekannten »Reichsregierung« um Wolfgang Gerhard Günter Ebel. Das Informationsangebot wurde seit dem Jahr 2001 von einem Juristen unter dem Pseudonym »Frank Schmidt« kontinuierlich ausgebaut.

www.krr-faq.net



Psiram

Die Website Psiram, vormals EsoWatch, behandelt eine große Bandbreite an irrationalen Glaubenssystemen. In deren Wiki finden sich auch Informationen zu Reichsideolog*innen. Der Vorteil der Seite besteht in der Möglichkeit, Querverbindungen in die esoterische oder verschwörungsideologische Szene nachzugehen.

www.psiram.com



Sonnenstaatland – Vorwärts in die Vergangenheit

Das Sonnenstaatland ist eine Parodie auf die reichsideologische Gedankenwelt. Neben spöttischen Auseinandersetzungen mit dem Thema hat die Website ein recht aktives Forum, ein Reichsideolog*innen-Wiki sowie ein Kompendium. Darin finden sich übersichtlich einige Themen, die in der Auseinandersetzung mit Reichsideolog*innen hilfreich sein können. Herzstück der Seite ist das knapp 400 Seiten starke Werk Gerhard Schumachers »Vorwärts in die Vergangenheit«. Hier finden sich sehr detaillierte Informationen zur Reichsideologie. Sonnenstaatland ist zudem auf Facebook, Youtube und Twitter vertreten.

www.sonnenstaatland.com



Rathje, Jan (2017): Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. Vom Wahn des bedrohten Deutschen. Berlin.

Jan Rathje beschäftigt sich in seinem Buch vor allem mit der spezifisch deutschen Geschichte der Reichsideologie sowie mit der Unterteilung in verschiedene Subkategorien. Zudem legt er dar, inwiefern die der Reichsideologie zugrunde liegende Verschwörungserzählung immer strukturell antisemitisch ist.

Speit, Andreas (Hrsg.) (2017): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Berlin.

Andreas Speit (Herausgeber) geht in diesem Sammelband mit zehn Fachleuten dem reichsideologischen Milieu auf den Grund. Unter verschiedenen Gesichtspunkten wird hier das Weltbild der verschiedenen Gruppen und Akteur*innen diskutiert. Auch bisher unbehandelte Fragen und Aspekte des Milieus werden hier angegangen.

Wilking, Dirk (Hrsg.) (2015): »Reichsbürger« – Ein Handbuch. Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung.

Dieser ausgesprochen umfangreiche und informative Sammelband kann über die Website des brandenburgischen Landesamtes für Verfassungsschutz kostenlos als pdf herunter geladen werden. Hier kommen Fachleute zu Wort, die sich mit unterschiedlichen Fragen bezüglich des reichsideologischen Milieus auseinandersetzen. Auch Jan Gerrit Keil, der für die vorliegende Broschüre interviewt wurde, berichtet in diesem Handbuch aus psychologischer Perspektive über das Phänomen »Reichsbürger«.

www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Reichsbuerger%20Ein%20Handbuch.pdf

UNTERSTÜTZEN SIE PROJEKTE GEGEN DEMOKRATIEFEINDLICHKEIT, FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür unterstützt die Stiftung Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit, Schule und Nachbarschaft, im Opferschutz und der Opferhilfe, in der politischen Bildung und in kommunalen Netzwerken engagieren. Zu den bereits über 1.200 geförderten Projekten gehören zum Beispiel:


- die Open-Space-Reihe »Demokratie braucht Konflikt - Demokratie braucht Diskussion« des Netzwerks für Demokratische Kultur e.V. in Nordsachsen zum Umgang mit rechtsextremen Ideologien in kommunalen Debatten und Foren
- das Fotoprojekt »Vom KZ zum Eigenheim - Bilder einer Mustersiedlung«, das am Beispiel von Tröglitz die Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer mit einem historischen Blick auf Rassismus, Gewalt und Totalitarismus beleuchtet
- die Veranstaltungsreihe »Querfront« des Jugendhilfeträgers »Cultus UG« in Potsdam über Entstehung und Hintergrund nationalistischer Verschwörungstheorien und -mythen und geeignete Gegenstrategien


Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von bis heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.


Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.


Kontakt

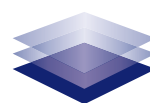
Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22

 info@amadeu-antonio-stiftung.de

 amadeu-antonio-stiftung.de

 [facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)

 twitter.com/AmadeuAntonio



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

»Reichsbürger«, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen sind nicht erst dann als gefährlich einzustufen, wenn sie zur Waffe greifen oder anderweitig militant werden. Vielmehr ist bereits die Art und Weise, wie sie sich (und anderen) die Welt erklären, problematisch. Denn sie beruht auf verschwörungsideologischen, antisemitischen und menschenfeindlichen Narrativen.

Die vorliegende Broschüre begibt sich auf die Spur der reichsideologischen Verschwörungserzählung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Anhand von Beispielen klärt sie darüber auf, wie die Akteur*innen miteinander und mit anderen Milieus verbunden sind, was sie tun und was Kommunen, Verwaltung und Zivilgesellschaft gegen Reichsideologien tun können.

